Nr. 111. Halle (Saale), Dienstag, den 13. Mai 1919. 30. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1,20 Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1,50 Mk., vierteljährl. 3,6 Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgebühr extra.
Erscheinungsweise: Jeden Werktag, nachmitt.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Saalg. 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 1610.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene, 30 mm breite Kolonelzeile kostet 40 Pfg. Der Preis für die 82 mm breite Reklamezeile beträgt 1,20 Mk. Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet. Schriftleitung: Halle (Saale), Saalg. 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag. Fernspr. Nr. 1047.

Der Vernichtungsfrieden vor der Nationalversammlung.

Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Friede.

Parteileitung der U. S. P. D., Kontrollkommission, Frauen-Reichsausschuß, Bezirksleiter, Redakteure, Fraktion der Nationalversammlung, Vertreter der Fraktion der Preußischen Landesversammlung und Vertreter der Arbeiterräte haben am 11. Mai in einer Konferenz folgenden Beschluß gefaßt:

Der Frieden, den die Entente dem deutschen Volke zumutet, ist ein Gewaltfrieden schlimmster Art. Rein deutsche Bevölkerungsteile, die in staatlicher Gemeinschaft mit dem deutschen Volke leben wollen, werden von ihm gegen ihren Willen losgetrennt. Die Absicht auf die Annektion des Saarbeckens wird kaum noch verhüllt. Der nordöstliche Streifen Ostpreußens mit einer Bevölkerung, die sich eins fühlt mit dem deutschen Volke, wird von ihm losgerissen. Ganz Ostpreußen wird vom Deutschen Reiche abgeschnürt. Danzig wird zum Schein in einen selbständigen Staat umgewandelt, in Wahrheit gegen den Willen der Bevölkerung dem polnischen Staat angegliedert. Auch sonst wird, so in West-, in Ostpreußen, Posen, Schlesien, das Selbstbestimmungsrecht mißachtet, dessen Anwendung wir für alle Gebiete fordern. Das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes wird erwürgt, das Proletariat versklavt, die Grundlage neuer Völkerkonflikte geschaffen. Alle pazifistischen Ideologien sind an dem brutalen Geist des Imperialismus gerscheitert.

Die U. S. P. hat

den imperialistischen Charakter des Krieges

von vornherein aufgedeckt, und, unbeirrt durch Schmähungen und Verfolgungen, in der Presse, in Versammlungen, in den Parlamenten gegen das Verbrechen des ruchlosen Massenmordens, gegen die wahnsinnige Vernichtung der Volkskraft und der wirtschaftlichen Werte gekämpft. Sie hat unablässig

den Abbruch des Krieges gefordert,

als noch keine der kriegführenden Gruppen das Uebergewicht über die andere erlangt hatte. Das alte Regime hat, unterstützt von allen Parteien, mit alleiniger Ausnahme der U. S. P. dem russischen und dem rumänischen Volke in Brest-Litowsk und Bukarest Gewaltfrieden unerhörter Art aufgezwungen und dadurch den Haß gegen Deutschland vermehrt.

Die gegenwärtige Regierung hat durch die

Wiederaufrichtung des Militarismus

das Mißtrauen gegen Deutschland verstärkt. So ist das deutsche Volk in den Abgrund getrieben worden, auf den die U. S. P. immer warnend hingewiesen hat.

Wir haben keine Hoffnung, daß die Entente-Imperialisten, die auf den Friedensverhandlungen den maßgebenden Einfluß haben, die Bedingungen wesentlich erleichtern werden, zumal die Zusammensetzung der Regierung und der Friedensdelegation den anderen Regierungen kein Vertrauen einflößen kann. Selbst wenn bei den eingeleiteten Verhandlungen erhebliche Veränderungen erreicht werden sollten, so bleibt doch letzten Endes nichts anderes übrig, als sich dem Zwange zu fügen und

den Vertrag zu unterzeichnen.

Nichtunterzeichnung bedeutet die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen, die Besetzung unserer Rohstoffgebiete, die Verschärfung der Blockade, bedeutet Arbeitslosigkeit, Hungersnot, Massensterben, bedeutet eine entsetzliche Katastrophe, die erst recht den Zwang zur Unterzeichnung herbeiführt. Es sind die Proletarier, die am fürchterlichsten unter den Folgen zu leiden hätten.

Der Frieden, so hart und drückend er auch immer sein mag, ist die notwendige Voraussetzung für die Lebensmöglichkeit sowie für den Aufbau unseres Gesellschafts- und Wirtschaftslebens im Geiste des revolutionären Proletariats.

Wie der Friede von Brest-Litowsk und Bukarest nur von kurzer Dauer gewesen ist, so wird nach unserer Ueberzeugung auch der Friede von Versailles durch die revolutionäre Entwicklung zunichte gemacht werden.

Mit Genugtuung stellen wir fest, daß

die Sozialisten der anderen Länder,

so in England, Frankreich, Italien, Amerika, den Widerstand gegen diesen Gewaltfrieden organisiert haben.

Das Proletariat empfindet es als Hohn, daß das deutsche Volk in der Friedensfrage zur einmütigen Unterstützung einer Regierung aufgefordert wird, die fortgesetzt und sogar noch nach dieser Aufforderung Soldaten gegen Teile dieses Volkes aufbietet und Proletarier in Massen hinmetzelt, die die Freiheit durch die ungerechtfertigte Verhängung und Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes preisgibt, die ihr nicht genehme revolutionäre Presse unterdrückt, Gefängnisse, Zuchthäuser und Kriegsgefangenenlager mit politisch Verfolgten füllt und die Kriegsgerichte gegen das Proletariat wüten läßt.

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Seid euch des Ernstes der Situation bewußt, laßt euch nicht vom Nationalismus umgarnen, verharrt in revolutionärer Entschlossenheit! Rettung kann euch, kann dem deutschen Volke der Kapitalismus nicht bringen; Euer Heil, das Heil des deutschen Volkes und der ganzen Menschheit, beruht auf dem Fortschritt der proletarischen Revolution, die die Welt vom Kapitalismus und seinen Kriegen befreien, den Sozialismus und den Frieden verwirklichen wird.

Auf, Arbeiter aller Länder! schließt euch zusammen gegen das internationale Kapital! Auf, zum kühnen, zähen Ringen für die Befreiung der Arbeiterklasse gegen Kapitalismus und Nationalismus, für Frieden und Sozialismus, für die Weltrevolution!

J. A.: Das Zentralkomitee der U. S. P. D.

Protest der französischen Sozialdemokratie.

Versailles, 12. Mai. (W. T. B.) Humanité berichtet von starkem Besuch der gestrigen Versammlung der sozialistischen Verbände des Seine-Departements in Paris. Das Proletariat habe durch stürmischen Beifall für die Redner gezeigt, daß es von einem Gewaltfrieden nichts wissen wolle.

Zuerst warf Verfeuil der sozialistischen Partei ihre Haltung im Kriege vor. Auf die österreichischen Friedensvorschläge habe man nicht eingehen wollen, weil die Führer Frankreichs erklärt hätten, das wäre ein hinkender Friede. Nach dem Siege aber habe es sich gezeigt, daß man Eroberungen wolle; der Versailler Friede mit seinen Annektionen, seiner wirtschaftlichen Knechtung, den furchtbaren Entschädigungen und dem Zerrbild eines Völkerbundes sei schlimmer als der Friede von Brest-Litowsk, er zeige den Bankerott der Wilsonschen Ideen von Recht, Freiheit und Gerechtigkeit. Der Versailler Friede, rief Verfeuil, ist ein Clemenceaufriede, und man darf ihn nicht unterzeichnen! Nur die Revolution kann die wirtschaftlichen Fragen lösen und die augenblicklich in ganz Europa bedrohten Revolutionen retten.

Frossard wünschte Einberufung eines Nationalkongresses, um die ernste Lage zu prüfen und der Parlamentsgruppe und der Parteileitung Richtlinien zu geben. Er sagte: Wir haben vor der Geschichte eine Verantwortung zu übernehmen. 1871 trat dieselbe Frage an die Sozialdemokraten Deutschlands heran; damals widersprachen Bebel und Liebknecht der Erdrückung der Besiegten durch den Sieger. Der Versailler Friede ist ein Kompromiß zwischen Wilsons Ideologie und dem französischen, dem englischen und dem italienischen Imperialismus. Der Völkerbund ist die schlimmste Prellerei, da man Deutschland, Oesterreich und die russische Revolution davon ausschließt und ihn in ein kapitalistisches Syndikat zur Ausbeutung der Welt verwandelt. Nur der Sozialismus kann den Völkerfrieden sichern.

Sodann erhob Cachin Einspruch gegen die Art, wie das Saarbecken und das linke Rheinufer verwaltet werden sollten; England stecke beinahe alle deutschen Kolonien ein und erstickte die Stimme Aegyptens und die Unabhängigkeitsbewegungen in seinen Kolonien. Der angebliche Rechtsfriede sei ein Gewaltfriede geworden. Cachin streifte dann die inneren Kämpfe zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und den Unabhängigen in Deutschland und meinte, daß die Tage der Scheidemannschen Regierung gezählt seien und Haase und die Unabhängigen zur Macht gelangen würden; dies sei die Vorbedingung für die Revidierung des Versailler Friedens.

Als letzter Redner erklärte Loriot, dieser Friedensvertrag sei nur ein Kriegsvertrag; die Bourgeois müßten gestürzt werden, damit die Sozialisten einen revolutionären Frieden schließen könnten.

Endlich wurde einstimmig eine Tagesordnung angenommen, in der die Sozialisten feststellen, daß die Regierungen in jedem Satze des Versailler Vertrages das Recht verletzen. Die Sozialisten widersprächen voll Empörung der Entstellung aller Wünsche nach Gerechtigkeit und Brüderlichkeit. Alle Vereinigungen des Proletariats sollten die kräftigste Aktion gegen den jetzt entlarvten Imperialismus der Entente anbahnen. Unter dem Gesange der Internationale löste die Versammlung sich auf.

Der Noske-Schrecken in Leipzig.

Aus Leipzig wird uns gemeldet: Die Weißen Garden Noskes sind nun auch in Leipzig eingezogen. Nach Jena, nach Halberstadt ist Leipzig an die Reihe gekommen. General Maercker ist mit 20 000 Mann von allen Seiten her in Leipzig eingerückt. Der Zweck ist, um dem Belagerungszustand der sächsischen Regierung Geltung zu verschaffen, obwohl selbst der Leipziger Oberbürgermeister den Belagerungszustand für zwecklos erklärt und das Leipziger Stadtverordnetenkollegium einstimmig beschlossen hatte, Schritte zur Aufhebung des Belagerungszustandes einzuleiten. Die Absichten gehen jedoch darauf hinaus, die Machtstellung der U. S. P. in Leipzig zu zerstören, um das Bürgertum von der unbequemen Kontrolle des von der U. S. P. beherrschten Arbeiterrats zu befreien. Maercker hat erklärt, daß er den Leipziger Arbeiterrat auflösen würde, um eine Neuwahl nach den Richtlinien des Zentralrats anzuordnen. Es soll also ein Arbeiterrat von Gnaden eines gegenrevolutionären Generals gebildet werden. Die Rechtssozialisten von dem Kaliber des früheren Arbeitersekretärs Mylau leisten dem Noske-General dabei hilfreiche Lakaiendienste. Dabei steht fest, daß der Leipziger Arbeiterrat nach den Grundsätzen gebildet worden ist, die der zweite Rätekongreß beschlossen hat.

Das Vorgehen der Noskeschen Soldateska in Leipzig ist provozierend wie in anderen Städten. Eine Reihe von radikalen Arbeiterführern sind verhaftet worden. Dabei hat Maercker die Immunität der Abgeordneten zur Nationalversammlung auf das gröblichste verletzt. Er hat gegen den alten Genossen Friedrich Geyer einen Haftbefehl erlassen und in dessen Wohnung nach ihm hausuchen lassen. In der Wohnung des Genossen Kurt Geyer wurde ebenfalls gehausucht. Die Durchsuchung wurde von drei unkontrollierbaren Individuen vorgenommen, die sich weigerten, sich zu legitimieren. An Stelle einer Legitimation hielten sie der Frau des Genossen Geyer drei geladene und entsicherte Revolver ins Gesicht. Nachdem sie in der Wohnung gehaust, das Telephon durchgeschnitten hatten, zogen sie schließlich unverrichteter Sache ab.

Das Vorgehen gegen Leipzig zeigt auf das deutlichste, wie sehr die gegenrevolutionäre Offiziersclique sich als Herr der Lage fühlt. Sie hält den Zeitpunkt für gekommen, um die Macht in Deutschland, die sie tatsächlich schon in Händen hat, nun auch innerhalb kürzester Zeit nominell zu ergreifen. Deutschland geht der Militärdiktatur entgegen, die von den rechtssozialistischen Führern großgezogen, bewaffnet und organisiert worden ist.

Wem jetzt noch nicht die Erkenntnis dafür gekommen ist, schreibt die Freiheit mit Recht, daß diese Regierung eine Schmach und eine Schande für das deutsche Volk ist, dem ist wahrlich nicht zu helfen. Die Lippen der Ebert-Scheidemann-Noske fließen von Phrasen von der Einigkeit des ganzen Volkes über, zugleich aber bieten sie den ganzen wilhelminischen Kriegsapparat auf, um die Arbeiterschaft niederzuschlagen. Sie mahnen das deutsche Volk, sich voller Vertrauen hinter sie zu scharen, Ruhe und Ordnung zu halten; zugleich aber lassen sie die Soldateska im Lande hausen, verbreiten sie Schrecken über die Industriestätten, schaffen immer neue Gelegenheiten, um die Arbeiterschaft zu Hunderten und zu Tausenden niederzumetzeln.

Der deutsche Militarismus hat den Ausbruch des Weltkrieges verursacht, er ist schuld an dem Elend, das über das deutsche Volk hereingebrochen ist, er hat die schweren Friedensbedingungen veranlaßt, die wir jetzt unterschreiben sollen. Und während die deutsche Regierung das Ausland glauben machen will, umgünstigere Friedensbedingungen zu erreichen, daß der Militarismus tot sei, lebt er in Wirklichkeit so kräftig wie nur je. Haben die Generale die wirkliche Macht in Hän-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190513-10/fragment/page=0001

den", wenn die Militärs ihr kriegerisches Handwerk in immer umfassenderer Weise aus.

So wird der Einmarsch in Leipzig gerade im jetzigen Augenblick im Innern wie im Auslande die verhängnisvollsten Wirkungen auslösen.

Ein offiziöser Bericht.

Leipzig, 12. Mai. (W. T. B.) Die Nacht verlief im allgemeinen ruhig. Heute nachmittag trafen sächsische Grenzjäger ein, die den Stadtteil westlich der Pleiße besetzten. In vielen Betrieben wurde vormittags zum Generalstreik aufgefordert. Der Aufforderung leisteten jedoch bisher nur die Arbeiter einiger Fabriken der Metallindustrie Folge. Ferner traten vormittags die Arbeiter des städtischen Gaswerks in den Ausstand. Der bisherige sächsische Bevollmächtigte Schöning soll verhaftet sein. Für die städtischen und technischen Betriebe sind etwa 400 auswärtige Techniker nach Leipzig unterwegs. Unter den zahlreich Verhafteten befinden sich die unabhängigen Arbeiterführer Schroers und Schröder.

Eine neue deutsche Note.

Das internationale Arbeiterrecht.

Versailles, den 10. Mai 1919.

Herr Präsident!

Unter Bezugnahme auf die Artikel 55 und 56 der überreichten Vorschläge für die Errichtung eines Völkerbundes beehren wir uns, den von der deutschen Regierung aufgestellten Entwurf eines Abkommens über internationales Arbeiterrecht zu unterbreiten.

Die deutsche Regierung ist mit den alliierten und assoziierten Regierungen darin einig, daß den Arbeiterfragen die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden muß. Von ihrer Behandlung hängen innerer Friede und menschlicher Fortschritt in stärkstem Maße ab. Die auf diesem Gebiete von den Arbeitern aller Länder immer wieder aufgestellten Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit finden ihre grundsätzliche Billigung nur zum Teil in Abschnitt 13 des Entwurfs der Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Regierungen über die Organisation der Arbeit. Diese hehren Forderungen sind im Deutschen Reich in anerkannt vorbildlicher Weise mit Hilfe der Arbeiterschaft zumeist schon durchgeführt. Um sie im Interesse der ganzen Menschheit überall in die Praxis umzusetzen, ist mindestens die Annahme des Vorschlages der deutschen Delegation erforderlich.

Wir halten es für notwendig, daß sämtliche Staaten dem Abkommen beitreten, auch wenn sie dem Völkerbunde nicht angehören.

Um den Arbeitern, für welche die vorgeschlagenen Verbesserungen bestimmt sind, die Mitwirkung an der Gestaltung dieser Bestimmungen zu sichern, hält die deutsche Delegation es für notwendig, zur Beratung und Beschlußfassung über das internationale Arbeiterrecht noch während der Friedensverhandlungen Vertreter der Landesorganisationen der Arbeitergewerkschaften aller vertragschließenden Länder zu einer Konferenz nach Versailles zu berufen.

Die deutsche Delegation hält es für zweckdienlich, den Verhandlungen dieser Konferenz auch die von den Beschlüssen der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Leeds 1916 ausgehenden Beschlüsse der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern (5. bis 9. Februar 1919: Programm für die internationale Arbeitergesetzgebung an die Friedenskonferenz in Paris) zugrunde zu legen. Im Auftrage der Gewerkschaften Deutschlands fügen wir einen Abdruck dieser Beschlüsse bei, die angenommen worden sind von Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen in Böhmen, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Griechenland, Holland, Italien, Kanada, Norwegen, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Spanien und Ungarn.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

gez. Brockdorff-Rantzau.

Unterschreiben und erklären ....

In der Voss. Ztg. schreibt Georg Bernhardt zum Friedensvertrag: Das Recht der Ablehnung habe nur, wer der Nation klaren Wein darüber einschenke, was dann folgen solle. Wörtlich bemerkt er weiter:

„Wer hat den Mut, Frauen und Kindern weitere Leiden aufzuerlegen, ohne gleichzeitig versichern zu können, daß durch den Zeitaufschub Gebesserteres erreicht wird? Solch Mut aber würde dann zum Frevel werden, wenn derjenige, der die Ablehnung rät, beabsichtigte, hinterher die Hände im Schoß ruhen zu lassen und nicht irgendeine aktive Politik vorzuschlagen hätte. Eine solche aktive Politik wäre z. B., sofort den Kampf im Osten aufzunehmen, in der Absicht, daß Deutschland über Polen hinweg sich mit der russischen Räterepublik die Hand reiche. Wer hat den Mut, das zu empfehlen? Aber alles andere ist Scharlatanerie, und man soll, wenn man solchen Mut nicht hat, das deutsche Volk mit Ratschlägen verschonen, die nur aus jenen engen Gehirnen stammen, deren Denkradius nicht über die nächste Wahlagitation um ein paar Kandidatensitze für die Partei hinausreicht."

Bernhardt ist der Meinung, daß es nicht nur die Alternative: Annehmen oder ablehnen, sondern auch noch die Möglichkeit gebe, zu sagen:

„Deutschland unterschreibt, weil es sich nach den Waffenstillstandsbedingungen wehrlos gemacht hat. Deutschland unterschreibt, weil es hungert. Und das hungernde und entwaffnete Deutschland unterschreibt gezwungen einen Vertrag, dessen Inhalt, weil er objektiv unerfüllbar ist, und von keinem Menschen und von keinem Volk, weder von den Siegern noch von den Besiegten zu erfüllen ist. Eine solche Unterschrift, an deren innerer Aufrichtigkeit und an deren sachlicher Richtigkeit nicht zu zweifeln ist, kann dann die Entente ablehnen oder annehmen. In beiden Fällen ist sie gerichtet. Und außerdem wird ihr — die Deutschland zu zur Annahme bereit ist — dann die schwere Entscheidung darüber zugeschoben, ob weiter gemordet werden soll."

Diese „Lösung" würde kaum eine andere Wirkung haben als die glatte Ablehnung. Sie würde aufgefaßt als Lüge und Betrug. Die Entente hat es vollkommen in der Hand mit Hilfe der Hungerblockade Deutschland solange zu peinigen, bis es sich ihrem Machtgebot unterwirft. Kurzsichtig und töricht war die Ostpolitik der Regierung. Die sofortige Räumung der besetzten Gebiete auch im Osten und die schnellste Annäherung an Rußland hätte die Entente in eine weniger mächtige Lage gebracht. Die deutsche Regierung hat den Riegel, mit dem Deutschland jetzt der Zugang nach Rußland versperrt wird, selbst schmieden helfen. Das deutsche Volk muß dafür büßen.

Die Internationale nimmt Stellung.

Paris, 12. Mai. Der Ausschuß der Internationale hat die Bestimmungen des Friedensvertrages geprüft und beschlossen, um eine Unterredung mit dem Viererrat nachzusuchen, um ihm die Ansicht der Sozialisten zu dem Vertrag zu unterbreiten.

Genf, 12. Mai. Der Friedensausschuß der Berner Sozialistenkonferenz, bestehend aus Branting, Huysmans, Mac Donald, Albert Thomas und Longue ist dringend nach Paris einberufen, um zu prüfen, welche Aktion die sozialistische Internationale angesichts des Friedensvertrags zu unternehmen hat.

Streik der Pariser Bankbeamten.

Berlin, 12. Mai. Nach der B. Z. am Mittag nimmt der Pariser Bankenstreik großen Umfang an. 25000 Bankbeamte demonstrierten gestern auf den Boulevards. Die Regierung hat die Direktoren zu Verhandlungen aufgefordert.

Mordprozeß Liebknecht-Luxemburg.

Dritter Verhandlungstag.

Der Zeuge Friedrich wurde von einem Offizier zum Mittransport Liebknechts nach Moabit bestimmt. Er hörte auf der Treppe sagen: Käuft denn so ein Unkraut noch auf der Welt herum? Der Zeuge hat von anderen gehört, daß der Fluchtversuch Liebknechts nur eine Mache gewesen sei. Auf der Unfallstation soll er sich geräuhmt haben, mit seiner Pistole Liebknecht erschossen zu haben. Davon will er heute nichts mehr wissen.

Der Zeuge Simonsohn hat sich erboten, zu bekunden, daß er Liebknecht am Neujahrstag auf der Straße gesehen habe. Bei der Nennung seines Namens habe Liebknecht die Flucht ergriffen. (Was das Gericht daraus schließen soll, ist uns nicht recht klar. Simonsohn ist Pressedezernent in einer Reichsstelle und — — Redakteur des Lokal-Anzeigers.)

Der Stadtrat Grützner war an den Mordtagen als Oberleutnant bei der Garde-Kavallerie-Schützen-Division eingestellt. Er übernahm am Sonntag, den 19. Januar, die Wache im Edenhotel von Leutnant Sander. Nach der Besichtigung der Posten ging er mit Sander in das Café des Edenhotels. Der Zeuge sagte darüber das Folgende aus:

Leutnant Sander nahm mich beiseite und sagte mir, er hätte mir im Auftrage der Division, meines Erinnerns sagte er mir, im Auftrage des Leutnant Pabst etwas mitzuteilen. Ich solle auf die Mannschaften einwirken, daß sie günstig aussagen. Es seien ungeeignete Elemente zu entfernen. Ich wußte zuerst nicht, was er wollte. Er wiederholte nochmals den Inhalt des Gespräches und sagte dazu: Sie wissen doch, was hier im Edenhotel passiert ist. Ich wurde sehr erregt und sagte ihm sofort: Sagen Sie dem betreffenden Herrn, daß er an einen falschen gekommen ist. Ich bin Jurist und würde mich eines Meineides schuldig machen, wenn ich mich dazu hergebe. Ich weigere mich, diesen Befehl auszuführen. Außerdem käme der Befehl mir als eine außerordentlich große politische Dummheit vor. Der Zeuge sagt weiter aus, daß ihm Sander gesagt habe: Sie wissen doch, daß ich die Luxemburg niedergeschlagen und dann wie ein Bündel in das Auto geworfen habe. Leutnant Sander kann auch gesagt haben, wie ein Paket, aber ein ähnlicher Ausdruck ist von ihm bestimmt gefallen. Eine dritte Person hat diesen Ausspruch nicht gebraucht, da das ganze Gespräch in einem sehr gedämpften Tone geführt wurde. Ob der Name des Hauptmanns Pabst bei diesem Gespräch gefallen ist, will der Zeuge nicht mehr mit voller Bestimmtheit behaupten.

Leutnant Sander stützt sich in einer Gegenerklärung auf seine unter Eid gemachte Aussage, die allerdings im strengen Gegensatz zu der bedeutsamen Aussage des Zeugen Grützner steht. Der Zeuge behauptet weiter, daß er zu Leutnant Sander gesagt habe, wenn im Edenhotel eine strafbare Handlung begangen ist, so müßten sich die Betroffenen ihrer Haut wehren.

In der Nachmittagssitzung

wird zuerst der Zeuge Scheid vernommen. Er ist ein blutjunger Mann, Oberprimaner, und macht sehr zögernde Aussagen. Er wurde in den Mordtagen im Edenhotel als Posten verwendet und hat gehört, daß auf der Wache von der markierten Panne gesprochen wurde. Ebenso, daß Dr. Liebknecht beim Ausiteigen hinterrücks niedergeschossen wurde.

Der Bruder des Angeklagten, Karl Runge, sagt aus, daß der Angeklagte gar nicht im Felde gewesen sei. — Während der Vernehmung dieses Zeugen wird der Angeklagte aus dem Saale geführt und nachher wieder hereingeholt. Der Vorsitzende hält ihm die Aussage seines Bruders entgegen, fragt ihn über seine Tätigkeit im Felde aus, und der Angeklagte wird dabei so in die Enge getrieben, daß von seinen Heldentaten im Felde nichts mehr übrig bleibt. Der ganze Gerichtssaal bricht dabei in schallendes Gelächter aus. (Schlimm genug, daß die militärischen Stellen nicht schon längst hinter die Manöver des Angeklagten Runge gekommen sind. Es ist Befehl, daß jeder Inhaber eines Ehrenzeichens einen Ausweis darüber bei sich tragen muß. Wenn dieses Besitzzeugnis von Runge nicht schon längst eingefordert worden ist, beweist, daß die Militärbehörden nicht in allen Fällen gründlich arbeiten.)

Es folgt sodann das Gutachten des Medizinalrats Dr. Leppmann. Dieser hat den Angeklagten seit Jahren eingehend beobachtet. Runge hat einmal wegen eines Unfalls Rente beansprucht und wurde dieserhalb von Dr. Leppmann und dessen Bruder beobachtet. Dem Sachverständigen fiel dabei sofort die eigenartige Schädel- und Gesichtsbildung des Angeklagten auf. Der Sachverständige faßt sein Urteil dahin zusammen, daß Runge in die Klasse der geistig minderwertigen Menschen falle. § 51 käme bei ihm nicht in Anwendung. Seine Stimmung schwanke dauernd, aber die freie Willensbestimmung sei bei Begehen der Tat wohl kaum ausgeschaltet, doch höchstens beeinträchtigt gewesen. Er habe die Tat nicht in einem Dämmerzustand ausgeführt. Dafür spreche schon, daß Runge sehr wohl wußte, was er getan hätte, sich jeder Eingelheit entsinnen konnte und sich dessen noch rühmte.

Nunmehr wird der Oberprimaner Berger vernommen. Der noch sehr junge Zeuge ist durchaus nicht zu einer Aussage zu bewegen.

Jäger Schulle war im Café Edenhotel, als die Transportmannschaften zurückkehrten. Er hat gehört, daß die Panne nur „echt" worden ist.

Nach zwei weiteren Zeugenvernehmungen wird der Fall Liebknecht abgeschlossen.

Der Fall Luxemburg.

Die Vernehmung des 19jährigen Soldaten Grantke fördert schwere Belastungsgründe gegen den Oberleutnant Oven zutage. Der Zeuge sagt aus: Ich wurde vom Wachtmeister Gorkow zusammen mit Poppe und Weber beauftragt, den Transport der Frau Rosa Luxemburg zu begleiten. Vor dem Hauptportal sah ich, wie Runge auf Frau Luxemburg mit dem Kolben einschlug. Beim Abfahren sprang ein Mann auf schlug mit der Faust auf Rosa Luxemburg ein. Ich saß links, Frau Luxemburg in der Mitte und rechts Weber. Poppe und der Oberleutnant Vogel standen auf dem Trittbrett. Vom Trittbrett aus wurde von Oberleutnant Vogel auf Frau Luxemburg geschossen. — Vorsitzender, auf die Anklagebank deutend: Welcher von den Angeklagten ist es? — Zeuge Grantke: Der Herr, der hinter Runge sitzt. Der Bezeichnete ist Oberleutnant Vogel. — Vorsitzender: Wie war es im eingelnen, als der Oberleutnant schoß? Zeuge: Er nahm seinen Revolver heraus und wollte schießen. Der Schuß ging nicht ab, weil der Revolver gesichert war. Ich sagte, er solle nicht schießen, doch er entsicherte den Revolver und schoß. — Kriegsgerichtsrat Jörns: Haben Sie genau gesehen, wohin? — Zeuge: Jawohl, oben an der linken Schläfe zwischen Auge und Ohr. — Vorsitzender: Sie saßen ganz nahe bei Frau Luxemburg? Trat eine Veränderung mit ihr ein? — Zeuge: Sie zuckte nur noch etwas zusammen und blieb dann liegen.

Vorsitzender: Es ist gesagt worden, daß sie eventl. schon nach den Kolbenstößen tot gewesen sei. — Zeuge: Nein, sie zuckte noch zusammen. Der Kopf lag hinten auf. Der Körper wurde dann mit einer Decke verhüllt. Wir fuhren nach dem Tiergarten. Dort wurde Frau Luxemburg aus dem Wagen gezogen. Weber, der Oberleutnant und Poppe stiegen aus, auch der Führer im Mannschaftsmantel. Sie schleppten die Leiche ins Gebüsch und dann noch tiefer hinein. — Vorsitzender: Hat der Mann im Mannschaftsmantel, den Sie für einen Sergeßtzier hielten, vielleicht den Schuß abgegeben? — Der Zeuge bleibt dabei, daß Oberleutnant Vogel geschossen habe. Daß die Leiche ins Wasser geworfen wurde, hat der Zeuge nicht gesehen, da er im Wagen sitzen geblieben war. Er hatte sich aber gedacht. Der Zeuge behauptet weiter, daß von den Mitinsassen des Wagens bei der Rückfahrt gesagt worden sei: die Leiche liegt gut.

Nach längerem Kreuzverhör wird von der Verteidigung der Antrag gestellt, die Zeugen Poppe und Weber sofort zu vernehmen. Die Zeugen haben sich inzwischen jedoch entfernt, sie sollen deshalb im Auto geholt werden. Die Verhandlung wird ausgesetzt, da aber die Zeugen nicht herbeizuschaffen sind, auf Montag vertagt.

Die unfähige Regierung.

Wir haben schon mehrfach Aeußerungen einsichtiger bürgerlicher Volkswirtschaftler und Sozialpolitiker gebracht, in denen dargelegt wurde, daß die Tatenlosigkeit, Einsichtslosigkeit und die Unfähigkeit der Regierung Ebert-Scheidemann in der Hauptsache verantwortlich zu machen ist für die krisenhaften Zustände im deutschen Wirtschaftsleben. Zu diesen bürgerlichen Kritikern der Regierung gesellt sich neuerdings auch Georg Bernhard, der Direktor der Vossischen Zeitung. In einem Aufsatze über die Neuordnung der deutschen Volkswirtschaft kommt er (in Nr. 237 der Voss. Ztg. vom Sonntag, den 11. Mai) zu folgendem Urteile über die Regierung:

„... Zu diesen Schwierigkeiten kommt jedoch noch eine ganz besondere: Um in nennenswertem Maße ausführen zu können, muß doch zunächst gearbeitet werden. Und hier mündet die Ausfuhrfrage in die wichtige Frage der allgemeinen Politik: wie ist das Volk zur Arbeit zu bringen? Dazu genügt nicht bloß ein Diktator für den Außenhandel, dazu genügen nicht bloß ausfuhrlustige Händler, sondern dazu gehört eine Regierung, die das Vertrauen der weiten Kreise der Arbeiterschaft hinter sich hat. Das kann man leider von der augenblicklichen Regierung durchaus nicht sagen, denn sie hat es bis zum heutigen Tage nicht verstanden, jenen wirtschaftlichen Unterbau zu schaffen, der überhaupt erst eine Ausfuhr möglich macht. Man täuche sich doch nicht darüber, daß bei dem schweren Frieden, den Deutschland unter allen Umständen auf sich nehmen muß, nur eine vollkommene Durchorganisierung der Gesellschaft und eine von Grund auf die Wirtschaft verändernde Sozialisierung dem kargen Boden, der Deutschland zur Bearbeitung überhaupt noch bleibt, Frucht abgewinnen kann. — Mag man, ganz mit Recht, die augenblickliche Arbeitsunlust im Volke auch noch so sehr als eine Krankheitserscheinung, aus Hunger und Krieg geboren, ansehen, einen sehr großen Teil Schuld trägt die Zusammenhanglosigkeit und Ungeistigkeit der Politik des jetzigen Kabinetts. Es hat nicht verstanden, die Aufgabe zu lösen, die Ergebnisse der sozialen Revolution, die sich seit zehn Jahren in Deutschland vollzogen hat und deren Ablauf Krieg und Sozialistenherrschaft nur beschleunigt haben, so sichtbar zusammen zu fassen, um nach außen hin zum Ausdruck zu bringen, daß den Arbeitermassen die Veränderung der Dinge auch wirklich bewußt werde. Nur dadurch aber — nicht durch Plakate und durch Manifeste — kann Arbeit als Staatsdienst und jeder Arbeiter als Gemeinwohl aufgerufen werden. Und daran fehlt's ..."

An der Tatsache, daß schon bürgerliche Politiker mit den „Leistungen" der „sozialistischen" Regierung, namentlich in der Sozialisierungsfrage, unzufrieden sind, kann man am besten ermessen, wie traurig es um die Unfähigkeit dieser Regierung bestellt ist.

Vom Exerzierplatz der Gegenrevolution.

Die Bergische Arbeiterstimme bringt einen Brief eines bei den Regierungstruppen befindlichen jungen Rheinländers, den dieser an seine Mutter schrieb. Der Brief ist am 22. 4. 1919 datiert und zeigt, wie es bis in die jüngste Zeit hinein an der Ostfront zuging. Es heißt in dem Briefe:

„Am 1. Ostertage war von uns ein großer Umzug durch Birnbaum. Alles hatte schwarz-weiß-rot geflaggt, alles war voll Begeisterung. Es sind 8 Reden gehalten worden. In verschiedenen Reden ist sogar gesagt worden, die jetzige Regierung sei nichts wert. Alle sollten helfen, daß sie gestürzt würde und unser alter Kaiser wieder auf den Thron käme. Sie haben ihn hochleben lassen und „Heil dir im Siegerkrang" gesungen. Wir mußten eine Salve abschießen auf den Kaiser. Der ganze Umzug hatte fast 3½ Stunden gedauert. Wir waren so müde, daß wir bald umfielen, trotzdem mußten wir noch Parademarsch klappen. Ich bin bei der 2. Kompagnie. Es ist die beste Kompagnie von dem Abschnitt Birnbaum. Alle Zivilleute sind mit uns zufrieden, denn wir sind alle Rheinländer, sogar unser Leutnant ist aus Köln, unser Feldwebel aus Ohligs, also alles Rheinländer."

Die Ostfront war von Anbeginn der Revolution der Exerzierplatz der Gegenrevolution. Der erste Ostertag scheint, nach dem Briefe zu urteilen, einer der Hauptlüüngstage gewesen zu sein. Da die Regierung diesen Vorgängen gegenüber sorglos die Augen schließt, muß die Arbeiterschaft um so wachsamer sein.

Auf dem Wege zur proletarischen Einheit.

Die Zentralstelle für die Einigung der Sozialdemokratie, Bez. Osten, veranstaltete am Freitag eine öffentliche Versammlung. Referenten waren von der U. S. P. D. Heinrich Ströbel, von der S. P. D. Büchner. Beide betonten die Notwendigkeit des Zusammenschlusses des Proletariats. Auch die Möglichkeit der Bildung einer einheitlichen proletarischen Front wird von beiden Referenten bejaht. Alle Diskussionsredner behandelten die Frage im gleichen Sinne. Redner der S. P. D. betonten ausdrücklich, daß die Kriegspolitik der Partei eine verkehrte war. Sie sprachen der Regierung den Willen und die Fähigkeit ab, sich für eine den Interessen der werktätigen Bevölkerung dienende Politik einzusetzen. Die Ansicht, daß nur eine rein sozialistische Regierung die Situation retten könne, ist allgemein. Auch Kommunisten betonten, daß die K. P. D. ihre Ziele, soweit sie nicht prinzipieller Natur sind, zurückstecken müsse, um die Arbeiterklasse aktionsfähig zu machen. Eine einstimmig angenommene Resolution fordert u. a.: Bildung einer rein sozialistischen Regierung auf paritätischer Grundlage; sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung; sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes; Auflösung der Freiwilligenregimenter; Freilassung der politischen Häftlinge. Die Versammelten gelobten, in den politischen Parteien, den Gewerkschaften, auf den Arbeitsplätzen und wo immer möglich, für den Einigungsgedanken einzutreten. Die Plattform, auf der sich die Einigung vollziehen kann, bildet das Rätesystem. Führer, die sich dieser Bewegung entgegenstemmen, sollen beseitigt werden.

In Hamburg fand eine von der U. S. P. Fraktion des Arbeiterrats einberufene Versammlung der Arbeiterbetriebsräte statt, die eine Einigung der drei sozialistischen Parteien, zunächst innerhalb der Betriebsorganisationen, zum Ziele hatte. Es ergab sich eine Uebereinstimmung der 3 sozialistischen Richtungen, die nunmehr eine neungliedrige paritätische Kommission wählten mit der Aufgabe, Propaganda und Aufklärung zur Einigung des Proletariats aller sozialistischen Richtungen in Wort und Schrift zu fördern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191905 13-10/fragment/page=0002

Halle und Saalkreis.

Halle, den 13. Mai 1919

Gegen Gewaltfrieden — gegen Gewaltpolitik.

Ueber dieses Thema wird in einer am kommenden Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, also unmittelbar nach Arbeitsschluß, im großen Garten des Volksparkes stattfindenden Volksversammlung, Genosse Fritz Kunert-Berlin sprechen. Die Versammlung soll eine Massenkundgebung der Hallischen Arbeiterschaft sein gegen den furchtbaren Gewaltfrieden, den uns der siegreiche Entente-Imperialismus aufzuzwingen gedenkt. Die sich fortlich überstürzenden Ereignisse sind für das gesamte schaffende Volk von einer Wichtigkeit und Bedeutung, wie niemals vorher. Mit der Selbständigkeit des deutschen Volkes ist es vorbei, ob der Friedensvertrag unterschrieben wird oder nicht. Der Gewaltfrieden von Brest-Litowsk hat unserem Volke klargemacht, daß die alte Regierung keinen Verteidigungskrieg führte. Jetzt zwingen uns die siegreichen Imperialisten in gleich brutaler Weise. Durch den Frieden, wie er uns aufgezwungen werden soll, kommt das Proletariat in eine schreckliche Lohnsklaverei. Die uns gütigst zugebilligten 100 000 Soldaten sind weiter nichts als Sklavenvögte. Jetzt verordnet die Reichsregierung eine Landestrauer. Ja, wir müssen traurig sein, weil wir eine solch traurige Regierung haben. Gegen ihre mit allen Mitteln des alten Kommißgeistes betriebene traurige, antisozialistische Politik muß laut der Protestschrei ertönen. Hinweg mit der Regierung der Gewalt!

Arbeiter, Parteigenossen, Männer und Frauen der Arbeit, die ihr alle mit der künstlich erzeugten Entrüstungskomödie des am Kriegsausbruch mitschuldigen Bürgertum sicher nicht einverstanden seid, kommt morgen alle in die Protestversammlung. Agitiert nach Kräften für einen Massenbesuch der Protestkundgebung des Hallischen Proletariats gegen Gewaltfrieden und Gewaltpolitik.

---

* **Wo bleibt die Butter?** Nach der gestern veröffentlichten Bekanntmachung soll es auch in der laufenden Woche keine Butter, sondern nur 50 Gramm Margarine geben. Damit wird der Hallischen Bevölkerung schon drei Wochen lang statt des ohnehin schon knapp genug bemessenen Butter-Quantums ein minderwertiges Surrogat geliefert. Da muß doch wieder mal ganz energisch gefragt werden, wo denn die Butter eigentlich bleibt? Das Stadternährungsamt muß im Interesse der gesamten Bevölkerung eine deutliche Antwort geben. Man war doch nach dem Streik so schnell dabei, zu „beweisen", die Butter sei unterwegs wegen der Transportschwierigkeiten „verdorben". O, nein, die Sache ist doch anders. Gestern erst konnten — oder vielmehr: mußten wir mitteilen, daß in Dresden rund 39 000 Pfund Butter, die von der Heeresverwaltung dort für die Magdeburger Roßegarden aufgespeichert worden waren, verdorben sind. Die dort verdorbene Menge hätte gerade ausgereicht, um die Stadt Halle drei Wochen lang mit der üblichen Butterration zu versehen. Für die Landsknechte, die vagabondierend das arme Vaterland durchziehen, ist gute Butter in solchen Mengen da, das sie verdirbt, für die schaffende Bevölkerung Margarine. Freilich: Nicht Roß, nicht Reisige schützen die steile Höh', wo Rosse steht, wenn nicht für gut zu Fressen gesorgt wird. Im Liebenswerder Kreisblatt schrieb neulich ein gemütvoller Landwirt, daß es jetzt besser sei, die Butter zum Wagen schmieren zu nehmen, statt den Städtern die teuern Wagenfette abzukaufen. Den Städtern muß jetzt mal gezeigt werden, was usw. . . . Und wir lassen uns das so ruhig gefallen. Wie lange noch, schaffendes Proletariervolk.

* **Der Stahlhelm als „Plünderungsgut".** In der gestrigen Sitzung des Schwurgerichts wurde gegen einen „Plünderer" verhandelt, der einen am Boden liegenden Stahlhelm an sich genommen hatte und deshalb als Schwerverbrecher auf die Anklagebank mußte. Der 20jährige Arbeiter Paul Rosche aus Halle war am Sonnabend, den 1. März, nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr, von seiner Braut, die im Bechersbof wohnt, aus Neugierde nach dem Marktplatz gegangen, als daselbst der „Angriff" auf die von Rosche zur Aufrechterhaltung der bekanntlich nicht im geringsten gestörten Ordnung erfolgt sein soll. R. bränate sich durch die angesammelte Menge bis zu den Stufen des Aufgangs zum Rathause. Einen an der Erde liegenden Stahlhelm nahm er leichtsinnigerweise als „Roske-Andenken" mit. Das Ding wurde bei ihm vorgefunden, nachdem irgendein lieber Freund ihn denunziert hatte. An den sträflichen Angriffen ist er nicht beteiligt gewesen. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage nach Aufruhr, bejahten aber die Fragen nach schwerem Landfriedensbruch. Das Urteil lautete: auf ein Jahr drei Monate Gefängnis. Die Mitnahme des Stahlhelmes, der auch während der Verhandlung den Tisch des Hauses zierte, wurde als „Plünderei" gewertet — von Rechts wegen! — In der zweiten Sache hatte sich die Ehefrau Auguste Wiegand zu verantworten. Sie hatte mit ihrem Mann, der bereits abgeurteilt ist, gemeinsam für etwa 20 000 Mk. Waren beiseite geschafft. Sie traf die volle Schwere des Gesetzes, denn die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach schwerem Landfriedensbruch und verneinten mildernde Umstände. Nach Verkündigung des Urteils, das auf 2 Jahre und 6 Monate Zuchthaus lautete, denunzierte sie noch einige Mitbewohner des Hauses der Plünderung mit der Bemerkung: „Wenn ich rein muß, sollen die andern auch rein!" Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wollte sie die Denunzierten aber als Zeugen für ihre Unschuld ins Treffen führen.

* **Holzarbeiter.** Am Donnerstag, den 15. Mai, abends 7½ Uhr, findet im Volkspark eine außerordentliche Generalversammlung des Holzarbeiter-Verbandes statt, die sich unter anderem auch mit der Neuwahl der hiesigen Lokalbeamten zu befassen hat. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich.

* **Die Zentral-Bibliothek** im Volkspark bleibt Donnerstag, den 15. Mai, wegen Inventur geschlossen. Nächsten Sonntag ist die Bibliothek wieder geöffnet.

* **Sozialistische Studentengruppe.** Mittwoch, den 14. Mai, abends 7½ Uhr pünktlich im Gewerkschaftshaus: Vortrag Dr. med. Helmcke: „Der Sozialismus als Grundlage einer sittlichen Weltordnung." Gäste können eingeführt werden.

* **Einschränkung der Gassperre.** Gemäß Bekanntmachung des Vertrauensmannes des Reichskommissars für die Kohlenverteilung wird von morgen, Mittwoch, den 14. Mai, ab die Gassperre auf die Zeit von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends eingeschränkt.

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, abends 7½ Uhr gelangt das Schauspiel Johannisfeuer zur Aufführung. Mittwoch wird die Oper Undine wiederholt. Donnerstag zum erstenmal in neuer Einstudierung Der Troubadour, Oper von Verdi. Die für Freitag, den 16. Mai angesetzte Aufführung von Faust I muß infolge der langen Spieldauer des Werkes bereits um 6½ Uhr beginnen. Für Sonnabend, den 17. Mai ist eine Wiederholung Der Bürger als Edelmann, Musik von Richard Strauß, angesetzt. Die Sonntag nachmittag stattfindende Volksvorstellung Hewitter, beginnt um 3½ Uhr, die Abendvorstellung Lohengrin pünktlich um 7 Uhr.

* **Wiederaufnahme des Postverkehrs mit Südbayern.** Die Beschränkungen im Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr mit Südbayern sind wieder aufgehoben.

* **Bund zur Erhaltung der Volkskraft.** Die Besteller von Tomatenpflanzen werden ersucht, nachdem günstiges Pflanzwetter eingetreten ist, die bestellten Pflanzen gegen Vorlegung des Bezugscheines im Botanischen Garten möglichst sofort abzuholen.

* **Ueberschwemmung.** Infolge des gestrigen Gewitterregens entstand auf dem Platze vor dem Walhallatheater eine Ueberschwemmung, so daß der Straßenbahnbetrieb unterbunden war.

Protestkundgebungen der Unabh. Sozialdemokratie

finden in folgenden Orten des Saalkreises am **Donnerstag, den 15. Mai** statt:

Ammendorf im Schützenhaus. Referent: Fritz Kunert.
Döhlau im Langrofschen Lokal. Referent: Jänicke.
Wörmlitz im Gasthof zu Wörmlitz. Referent: Bowitzki.
Seeben im Gasthof von Richter. Referent Riebenstahl.

Weitere Versammlungen werden noch bekanntgemacht. Sie sollen sämtlich machtvolle Kundgebungen gegen den Gewaltfrieden der Feinde und die Gewaltpolitik der Regierung sein.

Diemitz. Die Flinte schießt. In der Nacht zum 10. Mai ist auf Diemitzer Flur nach Meldung der Polizei beim Feldbiebstahl ein etwa 30 jähriger Mann, mittelgroß, 1,60—1,65 m, mit rotem Haar und rotem Schnurbart, bekleidet mit grauem Jackettanzug, erschossen worden. Wer Angaben zur Sache, insbesondere über die Persönlichkeit des Toten machen kann, wird ersucht, sich alsbald bei der Kriminalpolizei in Halle, Dreihauptstraße 4, Zimmer 38 oder 37, oder beim Gemeindevorstand in Diemitz zu melden.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis und für Stadt und Provinz: Gottlieb Kasparek; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag Volksblatt G. m. b. H.; Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Möbel-Transporte
sowie Speditionsfuhren führt sachgemäß aus 2
Albert Ackermann,
Thomasiusstr. 15. Tel. 5643.

Neu! I. Band. Neu!
Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten.
Von Wilhelm Blos.
Preis 3 M. Porto 25 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Harz 42/44.

Der
Metall-Arbeiter.
Hilfs- u. Nachschlagebuch für
Dreher und Schlosser.
Mit erläuternd. Zeichnungen verfasst von
Konstantin Haas, Werkmeister.
Preis 4.50 Mark.
Porto 15 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/44.

Gekrönte Häupter.
Zur Naturgeschichte des Absolutismus.
Pro Serie in 1 Band gebunden 2.25 Mk., Porto 15 Pfg.
Erhältlich in Heften à 30 Pfg., Porto 5 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle, Harz 42/44. F.

Wie wir belogen wurden.
Die amtl. Irreführung des deutschen Volkes.
Preis 4 Mk. Porto 25 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung.
Halle a. S., Harz 42/44.

Wie werde ich
bei einer aus Anlaß des Krieges erlittenen Beschädigung
versorgt?
Ein Merkbuch für jeden Krieger bis zum Feldwebel aufwärts.
Preis 1 Mk. Porto 5 Pf.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle, Harz 42/44.

Neu eingetroffen!
Grosse Posten besonders preiswerter
Damen-Konfektion.

Jacken-Kleider in blau und grün		148.00
Jacken-Kleider, hellgrau, flotte, kleidsame Form		158.00
Jacken-Kleider in blau, braun und grün		168.00
Jacken-Kleider in grün, blau und weinrot		198.00
Sommer-Mäntel, mittelschwer, in blau und braun	98.00 75.00	68.00
Schwarzseidene Jacken	215.00	190.00
Schwarzseidene Moiré-Jacken		245.00
Kostüm-Röcke, hell beige		79.00
Weisse und farbige Voile-Kleider, letzte Neuheiten	198.00 150.00 125.00	95.00
Weisse Voile-Blusen entzückend gearbeitet	45.00 35.00 bis	29.00
Farbige Voile-Blusen teils mit Schoss	42.00 35.00 29.00	26.00

Halle, Leipzigerstr. 94 **M. Schneider,** Halle, Leipzigerstr. 94
1042 Inhaber: **Johannes Hagenow.**

Kaninchenfelle
sowie alle anderen Felle u. Rosshaare
kauft zu höchsten Tagespreisen.
Paul Günther Nachf., Taubenstr. 3, Hof Tel. 6176.
Inhaber: **Leo Feltscher.** 6

Gewindeschneiden.
Ein praktisches Hilfsbuch für Dreher mit vollständigen Tabellen, für alle vorkommenden Drehbänke und Gewinde
Preis Mark 3.00.
Porto 10 Pfg.
Volksbuchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44.

Ansichts-Postkarten
empfiehlt **Die Volks-Buchhandlung.**

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung vom 25. 4. 1919 wird nochmals darauf hingewiesen, daß die nach den bisherigen Bestimmungen für die Zeit vom **1. Mai 1918 bis 30. April 1919** ausgegebenen **Kohlenkarten** und **Kohlenbezugscheine** für Lieferung von Brennstoffen jeder Art mit dem 15. Mai 1919 ihre Gültigkeit verlieren. Unbelieferte oder nur zum Teil belieferte Karten und Scheine dieser Art sind von den Kohlenhändlern bis zum 30. Mai 1919 an die Ortskohlenstelle abzuliefern.

Halle, den 13. Mai 1919. **Der Magistrat.**

Gemäß Ziffer 1 der Bekanntmachung des Magistrats vom 26. September 1918 betr. Sicherstellung des Betriebs des städtischen Gaswerks schränke ich mit Wirkung vom Mittwoch, den 14. Mai, die Gassperre auf die Zeit von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags ein. Während der Sperrzeit darf im Versorgungsgebiet des städtischen Gaswerks kein Gas entnommen werden.

Halle, den 13. Mai 1919.

Der Vertrauensmann des Reichskommissars für die Kohlenverteilung (Abt. Gas und Wasser).

Amtliche Bekanntmachungen.

Verkauf von ausländischem Schweinefleisch.

Der Verkauf von ausländischem Schweinefleisch findet am Sonnabend den 17. Mai statt. Es werden 250 Gramm je Kopf ausgegeben. Für Selbstversorger darf nach Anweisung des Reichsernährungsministeriums Fleisch nur für diejenige Zahl von Haushaltsangehörigen bezogen werden, für welche die Fleischkarten belassen worden sind. Der Verkauf erfolgt durch die Fleischer. Die Kunden beziehen das ausländische Schweinefleisch bei den Fleischern, bei denen sie zur Kundenliste angemeldet sind. Das Fleisch wird gegen Abtrennung der Marken 1 und 2 der Einfuhr-Zusatzkarte abgegeben. Diese Marken sind von den Fleischern abzutrennen und zu je 100 Stück gebündelt in verschlossenem Umschlage, auf dem die genaue Firma und die Zahl der Marken zu vermerken ist, bis zum Dienstag, den 20. Mai an das Stadt-Ernährungsamt, Abt. IV, abzuliefern. Der Kleinhandelsverkaufspreis für 250 g ausländischen Schweinefleisches beträgt 3,20 Mk.

Halle, den 13. Mai 1919. **Der Magistrat.**

Polizeiverordnung
betr. den Besuch von Vergnügungshallen usw.

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30 Juli 1883 (G.-S. S. 195 ff.) wird unter Zustimmung des Magistrats für den Stadtkreis Halle folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Zugendlichen Personen unter 16 Jahren ist verboten, Räume zu betreten, die von Unternehmern ausschließlich zu dem Zweck benutzt werden, um gewerbsmäßig Billards, Schießstände und sonstige Spiele und Schießapparate unter Aussetzung von Gewinnen zur Benutzung gegen Entgelt aufzustellen.

§ 2. Die Inhaber und Geschäftsführer der vorbezeichneten Vergnügungsstätten dürfen jugendlichen Personen unter 16 Jahren den Zutritt zu den Spiellokalen nicht gestatten.

§ 3. Uebertretungen dieser Polizeiverordnung werden, sofern nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 30 Mark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 4. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Kündigung im Amtsblatt in Kraft.

Halle, den 7. April 1919.

Die Polizeiverwaltung. Rive.

Familien-Nachrichten.

Sonntag, den 11. Mai, verschied plötzlich und unerwartet unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester, Nichte und Enkelin

Elsa Waldenburg,

im blühenden 18. Lebensjahre.

Dies zeigen an die tiefbetrübten Hinterbliebenen

Familie Waldenburg.

Halle a. S., Torstraße 51.

Die Beerdigung findet Donnerstag, vormittags 11 Uhr, auf dem Südfriedhofe statt. 1041

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben, unvergeßlichen Entschlafenen

Erna Könnecke, 1033
Helene Chemnitz,

sagen wir allen Verwandten, Bekannten und denen, die ihre Särge so reich mit Blumen schmückten und zur letzten Ruhe geleiteten, unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank Herrn Pastor Bay für seine trostreichen Worte am Grabe, ferner ihren Vorgesetzten und Kolleginnen der Firma Cäsar & Loretz.

Halle, den 12. Mai 1919.

In tiefer Trauer: **Die Hinterbliebenen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191905 13-10/fragment/page=0003

Protestkundgebung der Hallischen Arbeiterschaft

Mittwoch, den 14. Mai, 5 Uhr nachmittags (unmittelbar nach Arbeitsschluß):

Große öffentliche Volksversammlung

im Garten des Volksparks, Burgstraße 27.

Tagesordnung:

Gegen Gewaltfrieden, gegen Gewaltpolitik!

Referent: Fritz Kunert, Berlin.

Genossinnen und Genossen! Es gilt Protest zu erheben, gegen den von machtgierigen Imperialisten uns zugedachten Gewaltfrieden.

Nicht minder ist es nötig, gegen die brutale Gewaltpolitik der sich Sozialisten nennenden Revolutionsschädlinge zu protestieren.

Agitiert für guten Besuch der Versammlung!

1089 **Niemand darf fehlen!**

Das Gewerkschaftskartell. Bowitzki, Vorsitzender.

Sozialdemokratischer Verein (U. S. P. D.). Albrecht, Vorsitzender.

Sozialdemokratischer Verein (U. S. P.)

Wittenberg.

Mittwoch, den 14. Mai, abends 7½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

beim Genossen Fischer, Kurfürstenstraße.

*666 Der Vorstand: C. Harpke.

Delitzsch.

Mittwoch, den 14. Mai, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“:

Oeffentl. Einwohnerversammlung.

Tagesordnung:

1. Die Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung.
2. Freie Aussprache.

Alle Männer und Frauen sind hierzu eingeladen.

*663 Der Einberufer.

U. S. P. **Jeßnitz.** U. S. P.

Mittwoch, den 14. Mai, im Volkshaus

Mitglieder-Versammlung.

Das Erscheinen sämtlicher Genossen erwartet

*670 Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.

Gau 17. 6. Bezirk.

Sonntag, den 18. Mai 1919, vormittags 9 Uhr, in Merseburg, Schröters Best., Gr. Sixtistr. 7:

Bezirks-Versammlung.

Die Ortsgruppen wollen unverzüglich die Delegiertenwahlen vornehmen und Anträge zum Gau- bzw. Bundestage zur Bezirks-Versammlung mitbringen. Pünktliches Erscheinen aller Ortsgruppen notwendig.

*659 **Otto Schulze**, Bezirksleiter.

Arbeiter-Radfahrer.

3. Bezirk. 12. Bezirk.

Sonntag, den 18. Mai, vormittags 10 Uhr, in Nietleben, Gasthof zur Sonne:

Bezirks-Versammlung

Sämtliche Ortsgruppen müssen durch Delegierte vertreten sein. *661

Karl Meissner, Bezirksleiter.

Soeben eingetroffen:

1036

Hemdentuch	prima Ware	Meter	11⁵⁰
Bettzeug	weiß-rot kariert	Meter	7⁷⁵
Molton	schwere Qualität	Meter	8⁹⁵
Hemdenbarchent	80 cm breit	Meter	12⁵⁰
Pikeebarchent	weiß	Meter	13⁵⁰
Schürzenleinen	in blau	Meter	10⁵⁰
Schürzendrell	in grau	Meter	16⁷⁵
Satin Augusta	blau-weiß gestreift	Meter	19⁷⁵
Handtuchstoff	gute Qualität	Meter	4⁷⁵
Wäschebatist	ca. 110 cm breit	Meter	13⁷⁵
Kleidersatins	geblümt	Meter	10⁷⁵
Krepon	in weiß für Blusen	Meter	6²⁵
Blusenbarchent	gestreift	Meter	9⁷⁵
Seidenbatist	ca. 110 cm breit, in weiß	Meter	11⁷⁵
Kinderkleiderstoffe	ca. 100 cm breit,	Meter	16⁵⁰
Kleiderstoffe	gestreift und kariert	Meter	9⁵⁰
Covercoat	reine Wolle, 150 cm breit	Meter	28⁷⁵
Waschstoffe	für Servierkleider	Meter	16⁵⁰
Cheviot u. Kaschmir	120/130 cm breit marine und schwarz, reine Wolle	Meter	55⁰⁰

Alex Michel.

276

Mode-Zeitungen in grosser Auswahl.

Volksbuchhandlung Halle, Harz 42/44.

Hamster-, Maulwurf-, Kanin- u. a. Sorten Felle, Roßhaar u. Wolle kauft zu höchsten Preisen

A. Weise, Wolle- und Fellhandlung. Kaiserschestr. 1. Tel. 1667.

Gummiwaren-Fachgeschäft und Versandhaus

C. Klappenbach, Ge. Ulrichstr. 41. 2. Eingang vom Kaiserberg.

Kinderwagen zu verk. 1023 Heideldorfstraße 5 II r.

Holzarbeiter-Verband, Halle (S.)

Donnerstag, 15. Mai, abds. 7½ Uhr, im „Volkspark“, Burgstraße 27:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom ersten Vierteljahr 1919.
2. Bericht über die für den Bezirk stattgefundene Städteeinteilung in Tarifklassen.
3. Wahl des Lokalbeamten.
4. Sonstige Verbandsangelegenheiten.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

1090 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Angestellte aller Berufe! Achtung!

Am Donnerstag, den 15. Mai, nachm. 6 Uhr, findet im großen Saale des Schützenhauses zu Merseburg eine große öffentliche Versammlung aller techn. und kaufmännischen Angestellten, sowie überhaupt aller Bureauangestellten bei Behörden und Privaten statt. Es sprechen: Herr Ingenieur Geiser-Dresden vom B. t. L. B. und Herr Verbandsvorstand Giebel-Berlin, Abg. der Nationalversammlung, über:

Die Angestellten und die Fragen der Gegenwart.

Freie Aussprache! Freie Aussprache!

Wir bitten dringend, diese Versammlung zahlreich zu besuchen. Infolge der ungeheuren Arbeit, welche die Verbände gegenwärtig überall zu leisten haben, ist es wohl kaum möglich, jemals wieder eine solche Versammlung, in der zwei hervorragende Redner der Angestelltenbewegung sprechen, abhalten zu können. Kein Angestellter, dem nur etwas daran gelegen ist, sich genau zu unterrichten, was für ihn zu tun ist, möge die Versammlung versäumen. Die Mitglieder aber der A. f. A.-Verbände sollten unter allen Umständen vollzählig erscheinen. Der Einberufer.

*671 Ernst Knepp, Hermann des A. f. A. Leuna-Werke, Vors. des Ortskartells Leuna-Werke der A. f. A.

Leinölfirnis

— reine Ware — 1095

jedes Quantum wird gekauft. Riemeyerstraße 23.

Merseburg.

Ausgabe der Brotmarken.

Die Ausgabe der Brotmarken findet im alten Rathaus, Burgstraße 1, in folgender Reihenfolge statt: Dienstag, den 13. Mai, von vormittags 7 Uhr bis nachmittags 2 Uhr, für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben von A bis einschl. J; Mittwoch, den 14. Mai, zu derselben Zeit für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben von K bis einschl. P; Donnerstag, den 15. Mai, zu derselben Zeit für die übrigen Straßen. Eine Ausgabe an anderen Tagen findet nicht statt. Die Abgabe der Marken erfolgt nur an erwachsene Personen des Haushaltes gegen Vorlegung des Lebensmittelbuchs. Die Ausgabe der Krankenbrotmarken findet am Freitag, den 16. Mai, vormittags von 8—1 Uhr, im Rathaus, Markt 1, statt.

Merseburg, den 10. Mai 1919.

I. A. I. 460/19. **Der Magistrat.**

Ausgabe von Margarine

am Sonnabend, den 17. Mai 1919. Es werden zugeteilt: auf jede Stadtfettmarke 50 Gramm Margarine zum Preise von 22 Pfg. und auf jede Zusatzfettmarke (mit dem Aufdruck K. u. G) 50 Gramm Butter zum Preise von 40 Pfg.

Merseburg, den 12. Mai 1919.

I. A. II. 1321/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Amtliche Annahme- und Verkaufsstelle für Altleder und Altschuhwaren, Merseburg, Karlstraße 4, Fernsprecher 591. Dienstag, den 13. April, vorm. 9—12 Uhr: Verkaufstag.

M. 383/19. **Der Magistrat.**

Ortskartell Halle

Deutscher Metallarbeiterverband Merseburg.

Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum 1. Juni 1919 einen

1. Geschäftsführer.

Die Bewerber müssen agitatorische Fähigkeiten besitzen und mit den Verwaltungsarbeiten vollständig vertraut sein. Gerechnet wird auf eine erste Kraft. Eine mindestens 7jährige Verbandszugehörigkeit ist Vorbedingung.

Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Breslauer resp. Kölner Generalversammlung, dazu eine örtliche Zulage von 50 M. Dienstjahre werden angerechnet. Bewerbungen, aus denen Alter, Beruf und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgeht, sind bis zum 23. 5. 1919 an Kollegen Daniel, Merseburg, Weißenfelser Straße 6, mit der Aufschrift „Bewerbung“ zu richten.

Konsumverein für Sangerhausen u. Umg.

G. m. b. H.

Wir suchen für unsere neu zu eröffnende Verkaufsstelle in **Eisleben** zum 1. Juli d. J. einen

tüchtigen Lagerhalter.

Meldungen an den Vorstand, Sangerhausen, Hüttenstr.

*669 **Der Vorstand.**

Tüchtiger

Vorhalter

für Dampfkesselbau für dauernde Arbeit sofort gesucht.

Karl Melzer, Dampfkesselfabrik, Aeußere Delitzscherstraße 38. [*672

Suche für meine Schuh-Reparatur-Werkstatt einen

tüchtig. Schuhmacher als Werkführer.

Ferner einen Gehilfen und eine Stepperin.

Wilh. Waage, Ang. Vogels Nachfolger, Mechanische Schuhmacherei, Schkeuditz, Bahnhofstraße 2. *680

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190513-10/fragment/page=0004

Nationalversammlung und Friedensbedingungen.

Die Mehrheit für Ablehnung.

Berlin, im Aulagebäude der Universität. Die Regierungsbänke, die Plätze der Abgeordneten und die Tribünen sind vollbesetzt. Am Regierungstisch: Scheidemann, Erzberger, Bauer, Wissell, Bell, Dernburg, Preuß, Gothein, Noske, Reinhardt, Schmidt, österreichischer Gesandter Dr. Hartmann u. a.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3¼ Uhr. — Eine Fülle von Telegrammen aus dem ganzen Reiche gegen die Friedensvorschläge der Entente werden zur Einsicht ausgelegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort als Vertreter der Universität Berlin Abg. Dr. Kahl:

Der derzeitige Rektor hat mir den Auftrag erteilt, die Deutsche Nationalversammlung namens der Universität hier willkommen zu heißen und ihr zugleich einen heißen Segenswunsch zu bringen für die schweren und verantwortungsvollen Entschlüsse und Beschlüsse, die sie in diesem Raume vielleicht zu fassen berufen sein wird. Wenn hier in diesem Geiste Entschlüsse reifen und Beschlüsse gefaßt werden, dann ist es der Anfang zum Wiederaufstieg, und daß Fichtes Kraft in Wort und Tat hier wirken werde, das ist der innige Wunsch, den ich namens der Berliner Universität der Nationalversammlung darzubringen die Ehre habe, womit ich Sie herzlich begrüßen will. (Lebh. Beifall.)

Präsident Fehrenbach spricht von ganzem Herzen den Dank der Versammlung für die freundliche Begrüßung aus.

Nunmehr tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Entgegennahme einer Erklärung über die Friedensbedingungen.

Ministerpräsident Scheidemann:

In einem Notquartier hat sich die Vertretung der Nation zusammengefunden, wie eine letzte Schar Getreuer sich zusammenschließt, wenn das Vaterland in höchster Gefahr ist. Alle sind erschienen, bis auf die Elsaß-Lothringer, denen man das Recht, hier vertreten zu sein, jetzt schon ebenso genommen hat, wie ihnen das Recht genommen werden soll, in freier Abstimmung ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben. Das nackte, arme Leben müssen wir für das Land und Volk retten, heute, wo jeder

die erdrosselnde Hand an der Gurgel

fühlt. Lassen Sie mich ganz ohne taktische Erwägungen reden: Dieses dicke Buch, in dem hundert Abäße beginnen: Deutschland verzichtet, verzichtet, verzichtet, dieser schauerliche und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volke das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt werden soll, darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden. Es käme mir wie Lästerung vor, das Wilsonprogramm mit diesen Bedingungen auch nur vergleichen zu wollen. Die Welt ist wieder einmal um eine Illusion ärmer geworden. Heute vergleicht das Bild des Friedensbringers Wilson, wie die Welt ihn sah und hoffte, hinter der finsteren Gestalt der Kerkermeister, an deren einen, an Clemenceau, dieser Tage Französe schrieb: „Die wilde Bestie ist bei Wasser und Brot in den Käfig gesteckt und geprügelt worden. Man hat ihr aber noch die Zähne gelassen und kaum die Krallen beschnitten." Ueberall in Berlin hängt das Plakat, das für unsere Brüder in der Gefangenschaft verklärte Liebe wachrufen will: Traurige, hoffnungslose Gesichter hinter Gefängnisgittern. Das ist das Titelbild für diesen sogenannten Friedensvertrag, das ist das getreue

Abbild von der Zukunft Deutschlands!

60 Millionen hinter Stacheldraht und Kerkergittern, 60 Millionen bei der Zwangsarbeit, denen die Feinde das eigene Land zum Gefängenlager machen! Nach den uns gemachten Vorschlägen hat Deutschland aufgehört, im Ausland zu existieren, die Kolonien und Kabel werden ihm weggenommen, die Funkenstationen unter Kontrolle gestellt. Unsere Handelsflotte geht in die Hände der Entente über. Ohne Kabel, ohne Kolonien, ohne ausländische Niederlassungen, ohne Gegenseitigkeit und Rechtsschutz, ja selbst ohne das Recht, bei der Festsetzung der Preise für die von uns als Tribut zu liefernden Waren mitzuwirken — ich frage Sie, wer kann als ehrlicher Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich uns in diese Fesseln legt? Und dabei sollen wir arbeiten und Frondienste für die ganze Welt leisten. Den Handel im Ausland, die einzige Quelle unseres Wohlstandes, macht man uns unmöglich. Die lothringischen Erze, die oberschlesische Kohle, das elsässische Kali, die Saargruben, die billigen Nahrungsmittel Polens und Westpreußens sollen außerhalb unserer Grenze liegen, um die wir keinen höheren Zollschutz ziehen dürfen, als er am 1. August 1914 bestand, wohl aber unsere Gegner. Im Innern müssen alle deutschen Einkünfte in erster Reihe zu Zahlungen an die Gegner zur Verfügung stehen. Nichts für unser Volk, nichts für Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen, alles ein Frondienst, für dessen Produkte die Preise vom Ähnehmer festgesetzt werden. Auf die eigenen Bedürfnisse unseres Volkes nimmt man keine Rücksicht. Genug! Uebergenug!

Wir haben Gegenvorschläge gemacht

und werden weitere machen. Wir sehen mit Ihrem Einverständnis unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen.

Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar,

so unannehmbar, daß ich noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und Abermillionen Kehlen, aus allen Ländern ohne Unterschied der Partei der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! Da und dort regt sich schon die Einsicht, den neutralen Ländern, und vor allem auch

im sozialistischen Frankreich

werden Stimmen laut, an denen der Historiker einst den Stand der Menschlichkeit nach vierjährigem Morden messen wird. Ich danke allen, aus denen ein empörtes Herz und Gewissen spricht, vor allem unseren Brüdern aus Deutsch-Oesterreich, die auch in der dunkelsten Stunde den Weg zum Gesamtvolk nicht vergessen. Wir grüßen euch, wir danken euch und wir halten zu euch! Ich rechte nicht mit den anderen, denen der Käfig noch nicht eng genug ist, in welchem das „deutsche Tier" eingesperrt werden soll. Wir kennen unsern Weg. Ueber diese Bedingungen darf er nicht führen. Es hieße nicht nur an Deutschlands Zukunft zweifeln, sondern diese Zukunft opfern, wenn wir anders denken und fühlen wollten. Lassen Sie niemand in der Welt darüber im Zweifel, daß Sie mit uns eins sind, das ganze Volk ein Wächter vor der Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder. Ein einiges Volk vermag viel, ganz besonders, wenn es wie wir heute, nicht nur für uns selbst, sondern für die Gesellschaft der Nationen dagegen protestieren, daß Haß verewigt, Fluch für immer verankert werde. Den Mitgliedern der Nationalversammlung gilt heute das Wort: Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben, bewahret sie! Wird dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so bleibt nicht Deutschlands Leiche allein auf dem Schlachtfeld von Versailles liegen. Daneben werden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue. Eine

Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe

ohne Grenzen, wäre die Folge eines solchen Vertrages, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, feiger, die Nation das mörderische Opfer der Nation, der Mensch des Menschen Wolf wäre! Wir wissen es und wollen es ehrlich tragen, daß dieser kommende Friede für uns eine Marter sein wird. Wir weichen nicht um Fadensbreite von dem zurück, was wir zugesagt haben und ertragen müssen. Aber nur ein Vertrag, der gehalten werden kann, der uns am Leben läßt, kann die Welt wieder aufbauen. Solchem Vertrag unsere Unterschrift, keinen Bestimmungen unsere Treue, keinen Auflagen auf unsere Kraft und Arbeit! Nicht der Krieg, sondern

dieser harte kasteiende Arbeitsfriede

wird das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk sein! Der Arbeitsfriede ist unser Ziel und unsere Hoffnung. Wir müssen von der Niederlage und den Krankheiten der Niederlage gesunden, ebenso wie unsere Gegner von den Krankheiten des Sieges. Heute sieht es fast so aus, als sei das blutige Schlachtfeld von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze noch einmal in Versailles lebendig geworden, als kämpften Gespenster über all den Leichenhügeln noch einen letzten Kampf des Hasses und der Verzweiflung. Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden. Wir sehen mit Grausen am Beispiel unserer Gegner, welche Verzerrungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen. Wir wenden uns schaudernd von dem jahrelangen Mord. Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben, aber dreimal wehe über die, welche heute einen wahrhaften Frieden verzögern, auch nur um einen Tag!

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde in allen ihren Teilen mit Aeußerungen lebhafter Zustimmung begleitet und vielfach durch stürmischen Beifall unterbrochen. Nach den Worten: Dieser Vertrag ist unannehmbar, erhob sich das Haus und bekräftigte die Worte des Ministerpräsidenten mit stürmischen Kundgebungen des Beifalls und allgemeinem Händeklatschen. Auch die Tribünen nahmen an dieser Kundgebung lebhaften Anteil.

Preußischer Ministerpräsident Hirsch gibt im Auftrage der Regierungen sämtlicher deutschen Freistaaten folgende Erklärung ab:

„Unsere Feinde wollen uns für alle Zeiten aus der Reihe der Kulturstaaten der Welt streichen, und das arbeitsfreudige deutsche Volk zu einem Knechtsvolk machen. Dem gegenüber erklären wir Vertreter aller deutschen Freistaaten vor aller Welt: Lieber Tod als Sklav'! (Beifall.) In dem Urteil, daß dieser Friedensvorschlag unannehmbar ist, sind wir mit der Reichsregierung einig, und stehen geschlossen hinter ihr. Unsere Feinde mögen sich hüten, auf irgendeine Uneinigkeit der deutschen Stämme zu rechnen. (Lebhafter Beifall.) In der bittersten und furchtbarsten Not stehen wir alle in unerschütterlicher Treue zum großen deutschen Vaterlande. (Lebhafter Beifall.) Das neue, freie demokratische Deutschland wird auch aus diesem Unglück einen Aufstieg finden, der alle Völker der Welt mit emporhebt." (Lebhafter Beifall.)

Abg. Müller-Breslau (Soz.): Bei dem jetzigen Friedensentwurf kann von keinem Rechtsfrieden gesprochen werden, der Wahrheit gemäß müßte in dem Entwurf ein Paragraph enthalten sein, wonach das deutsche Volk auf einen Rechtsfrieden verzichtet. (Sehr richtig!) Dieser Friede ist weiter nichts als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. (Sehr richtig!) Der Krieg sollte angeblich nur ein Kreuzzug sein gegen Kaiserismus und Militarismus. Jetzt aber, nachdem Deutschland wehrlos gemacht ist, wollen der französische Militarismus und der englische Kapitalismus weiter ihr Unwesen treiben, während man uns politisch und wirtschaftlich knechtet. Wir lehnen einen Vertrag ab, der uns alles nimmt und uns nichts gibt. Dieser Friedensvertrag ist ein Werk der siegreichen Ententekapitalisten und bringt daher den Arbeitern überhaupt nichts. Der deutsche Arbeiter soll verstlavt werden, damit die deutsche Republik durch ihre Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiet in der Welt keine moralischen Eroberungen machen kann. Mit dem deutschen Sozialismus aber wollen die Ententekapitalisten den Sozialismus in allen Ländern treffen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Deshalb ist dieser Friedensvertrag im Grunde genommen

das furchtbarste Sozialistengesetz,

das es jemals gegeben hat. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Hoffentlich sehen unsere französischen und englischen Genossen das in steigendem Maße ein. Kommt, was kommen mag: in einer Zeit, in der selbst die letzten Nationen zu selbständigem staatlichem Leben erweckt werden, läßt sich das deutsche Volk nicht zur Sklaverei verurteilen. Das mag sich Europa an diesem dunklen Tage deutscher Geschichte merken. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Groeber (Ztr.): In tiefster Trauer und bitterstem Schmerz über das Unglück unseres Vaterlandes nimmt auch das Zentrum Stellung zu dem Vertragsentwurf der Entente. Was uns vorliegt, läßt von den Wilsonschen Punkten keine Spur mehr erkennen und ist ein Wortbruch im vollsten Sinne des Wortes. Wo ist vom Selbstbestimmungsrecht der Deutschen etwas zu finden? Sogar den Deutsch-Oesterreichern soll der Anschluß an Deutschland versagt werden. Mit Entrüstung weisen wir die Zumutung zurück, daß wir uns verpflichten sollen,

den deutschen Kaiser

und eine Anzahl politischer und militärischer Führer an ein Gericht unserer Feinde zur Aburteilung auszuliefern. Ein solcher Friedensvertrag, wie er uns hier vorgelegt ist, kann dem deutschen Volk nur das Schicksal Irlands oder ein noch traurigeres bringen. Gegen die drohende Gewalt wird nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Menschheit, soweit sie sich noch ein freies Urteil bewahrt hat, entschiedenen Protest einlegen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Bohm-Schuch (Soz.): Die Frauen aller Länder haben während des Krieges Unsagbares gelitten. Das Leid der Frauen und Mütter war international. Uns deutsche Frauen eint mit den Frauen der ganzen Welt das unsagbare Leid des Krieges. Deshalb haben wir gegen ihn gekämpft und glaubten, die Frauen der ganzen Welt, auch in den uns feindlichen Ländern, führten diesen Kampf mit uns, und wir könnten nur ihre Stimme nicht hören. Als dann der Waffenstillstand kam, zeigte sich aber, daß wir uns geirrt hatten, und wir Frauen in Deutschland allein standen. Ich weiß nicht, ob unsere Schwestern jenseits der Grenzen jemals ganz begriffen haben, welche Unmenschlichkeit der Hungerkrieg bedeutet. Aber wir deutschen Frauen und Mütter haben gekunkert während des Krieges, wir haben gesehen, wie unsere Kinder hungerten und verhungerten, wie ganze Scharen blühender junger Menschen an Hunger zugrunde gingen. Wenn die Entente uns eine Rechnung über die Leiden ihrer vom Krieg betroffenen Bürger aufmachen will, so könnten wir eine Gegenrechnung präsentieren, die ungeheuerliche Posten enthält, und überhaupt niemals begleichen werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Der uns vorgelegte Friedensvertrag

nimmt uns Frauen und Mütter jede Hoffnung,

daß unsere Kinder einst ein besseres Leben führen könnten als wir heute. Er würde uns zu willenlosen und rechtslosen Sklaven machen, und uns jede Möglichkeit zur Durchführung des Sozialismus nehmen. Das ist kein Friede, sondern die Fortführung des Krieges gegen wehrlose Gefangene. (Lebh. Zustimmung.) Wir fordern unsere Schwestern in der ganzen Welt auf, daß sie mit uns einstimmen in den Protest gegen einen derartigen Friedensvorschlag. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Haußmann (Dem.): Die Demokraten von Frankreich, England und Amerika haben erkennen lassen, daß sie die Grundsätze der Demokratie vergewaltigen lassen wollen. Von einzelnen ehrlichen Vertretern der Demokratie in diesen Ländern ist öffentlich ausgesprochen worden, daß dieser Friede

ein Verrat an der Demokratie

ist und ein Bündnis der gegnerischen Nationen, um Deutschland auch das Blut unter den Nägeln wegzuholen. Der Vernichtungswille der Entente gegen Deutschland hat gesiegt. Dieser Friede ist eine neue Form langsamer Folterung eines neuen Volkes, eine Verrohung des Völkerrechts, wie sie noch niemals da war. Die deutsche Industrie wird ruiniert. Angesichts der Verständigung vom 5. November haben wir es in der Tat mit einem Wortbruch zu tun. Hätte unser Heer, hätten unsere Arbeiter am 5. und 9. November gewußt, daß der Friede so aussehen würde, das Heer hätte die Waffen nicht niedergelegt, alles hätte ausgehalten. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) In den Formen des Rechts will man jetzt Beute machen. Wir sind wehrlos, aber nicht willenlos. Dieser Vertrag ist für meine Freunde unannehmbar, das ist unsere einmütige Auffassung. Kommt was kommen mag, es kann nichts Schlimmeres kommen, als was die Selbstauflösung eines Volkes für uns bedeuten würde. (Wiederholter stürmischer Beifall.) Wir stellen uns mit Entschlossenheit auf den Boden der heutigen Erklärung der Regierung. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Abg. Bitte (Ztr.) legt als Oberschlesier entschieden Verwahrung gegen die Abtretung Oberschlesiens an die Polen ein.

Abg. Graf Posadowsky (Deutschnat.): Dieser Vertragsentwurf ist ein Gemisch von französischer Rachsucht und englischer Brutalität. Man nimmt uns das Saargebiet und Oberschlesien, will uns aber gleichzeitig verpflichten, ungeheure Kohlenlieferungen für Belgien, Frankreich und Italien aufzubringen. Das ist wirtschaftlich eine glatte Unmöglichkeit. Das Grausamste und Nichtswürdigste aber ist, was man uns auf dem Gebiete der Volksernährung zumutet.

Ein zerfetztes und zerfleischtes Deutschland

soll enorme Beträge für die „Wiedergutmachung" aufbringen. Von alledem, was Präsident Wilson in Aussicht gestellt hat, ist in dem uns vorgelegten Vertrage keine Rede. Man will uns nicht nur wirtschaftlich töten, sondern auch die Ehre nehmen, durch das Verlangen der Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers. Keiner, der Ehrgefühl im Leibe hat, kann diese Forderung annehmen, die uns der Verachtung der ganzen Welt preisgeben müßte. (Beifall.)

Abg. Blunck (Dem.) protestiert als Vertreter Schleswig-Holsteins gegen die Vorschläge über die Volksabstimmung in Schleswig. Auch im nördlichen Gebiet muß eine wirklich unparteiische Befragung des Volkes stattfinden. In der zweiten Zone haben nur 9,1 Prozent der Bevölkerung dänische Muttersprache, in der dritten nicht einmal ein halbes Prozent. (Hört, hört!) Gegen eine Abstimmung in diesen südlichen Gebieten legen wir die allerschärfste Verwahrung ein. (Beifall.)

Abg. Schultz-Bromberg (D. Vpt.): Die Behandlung der Wilsonschen Grundsätze für den deutschen Osten ist wahrlich schon hart genug. Aber wir haben sie angenommen, und wollen sie auch durchführen. Dieser Vertrag aber hat mit diesen Grundsätzen nichts mehr zu tun. Wir erklären, daß der Friedensvertrag für die Provinz Posen unerfüllbar und für alle Zeiten unannehmbar ist. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. Stresemann (D. Vpt.): Wir sollen politisch, militärisch und wirtschaftlich vernichtet werden, und das soll vereinbar sein mit den Wilsonschen Grundsätzen. Wird dieser Friedensvertrag nicht abgeändert, so wird er der größte Weltbetrug, den es je gegeben hat. Wir schließen uns den bisherigen Rednern an. Wird der Vertrag Gesetz, dann ist die Fortführung der deutschen Sozialpolitik, die in der Welt bahnbrechend war, nicht mehr möglich. Die Auslieferung des Kaisers ist juristisch und tatsächlich unmöglich, will sich das deutsche Volk nicht auf die Dauer ehrlos erweisen. Hier handelt es sich nicht um Republik oder Monarchie.

Abg. Haase (Unabh.):

Die Friedensbedingungen stehen im schärfsten Widerspruch zu den Grundsätzen, die wir stets für den Frieden aufgestellt haben. Wir erheben daher schärfsten Protest. Wir haben ein Recht dazu, da wir jederzeit, auch als die deutsche Kriegslage günstig war, den Gegnern den Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit zugestanden haben, den wir für das deutsche Volk fordern. Wir verurteilen es deshalb entschieden, wenn die Entente

das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes schmählich verletzt.

Schon die politische Vernunft hätte sie davon abhalten müssen, denn neue Konflikte werden dadurch heraufbeschworen. Der nördliche Teil Ostpreußens soll vom Reich abgetrennt werden. Ich kenne dieses Gebiet seit 40 Jahren persönlich, und niemals hat dessen Bevölkerung den Wunsch zu erkennen gegeben, sich vom Reiche loszutrennen. Wir verlangen, daß überall

der Wille der Bevölkerung entscheidet.

Das gilt auch für die Forderungen der Deutsch-Oesterreicher, zum Reich zu kommen. Die wirtschaftlichen Forderungen des Vertrages sind so hart, daß die Befürchtung nicht abzuweisen ist, unser Volk könnte

unter diesem Drucke zusammenbrechen!

Zum Teil sind sie sicher unerfüllbar. Das deutsche Volk muß jetzt die Verbrechen und Sünden einer imperialistischen Politik büßen. Wenn unter Hinweis auf die „begeisterungsvollen" Kundgebungen der letzten Tage betont wird, daß der Geist von 1914 wieder erwacht sei, so möge man sich darüber klar sein, daß die Arbeitermassen noch nicht einmal in den nationalistischen Taumel von damals verfallen werden. Unsere Aufgabe kann es demgegenüber nur sein, bei aller Entrüstung über den uns zugemuteten Frieden törichte Taten zu verhüten, die das Volk nur tiefer in das Verderben hineinstoßen würden. Für unser Volk ist der Friede einfach unentbehrlich. Es braucht ihn, um leben zu können. In verschiedenen Zeitungen ist uns für den Fall einer Regierungskrise zugemutet worden, den Frieden formell zum Abschluß zu bringen. Meine Fraktion lehnt diese Aufgabe ab. Sie erachtet es als die Verpflichtung der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191905 13-10/fragment/page=0005

selbst Partei, die die Kriegspolitik unterstützt, muß den Abschluß dieses Krieges herbeiführen. Wir freuen uns, daß

die Sozialisten aller Länder

mit der größten Entschiedenheit zu dieser Frage ihre eigene Regierung bekämpfen. Ob sie schon jetzt Erfolg damit haben werden, ist ja zweifelhaft, aber in allen Ländern ist der Boden revolutionär unterwühlt.

Die Weltrevolution ist auf dem Marsche.

Mag sie auch langsamer weiter marschieren, als es viele von uns wünschen, aber sie wird die Menschheit befreien und sie wird auch den Friedensvertrag, der uns jetzt aufgezwungen werden soll, annullieren. Nur von einer revolutionären Entwicklung der Welt erhoffen und erwarten wir

eine Umwandlung dieses Gewaltfriedens

in ein Bündnis gleichberechtigter Völker. Die Regierung fordert das Volk auf, sich um sie zu scharen. Es gehört eine starke Kühnheit dazu, diese Aufforderung in einem Augenblicke zu erlassen, in dem das deutsche Proletariat von derselben Regierung in einer Weise provoziert wird, wie es vorher noch niemals der Fall gewesen ist.

Frau Weber (Chr. Vpt.): Ich spreche im Namen des besetzten Gebietes, auch im Namen der Frauen, die in die Politik eingetreten sind, wenn ich rufe: Wir wollen für Deutschland den Frieden und für die Welt den Völkerbund. Aber dieser Frieden wird uns entrückt durch den Friedensvertrag der Entente. Wir wollen Europa erlösen vom Imperialismus und von der Gewaltpolitik, die sich in dem Vertragsentwurf von Versailles ausdrückt. Deutschland geht nicht unter. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Abg. Schäfer (Soz.): Wir wollen das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch auf Deutschland angewendet wissen. Das Saargebiet und Oberschlesien sind deutsches Land und sie sollen bei Deutschland bleiben. In diesem Willen wollen wir stark und einig sein. (Beifall.)

Abg. Graf Dohna (Dt. Vpt.): Alles, was Westpreußen an Kultur besitzt, verdankt es der Arbeit seiner deutschen Bewohner und der Fürsorge des preußischen Staates. Dieses Land mit über einer Million Bewohner an Polen auszuliefern, ist eine Zumutung von so ungeheuerlicher Dreistigkeit, daß man geneigt ist, sie nicht ernst zu nehmen. Der Plan der Entente ist praktisch gar nicht durchführbar. Selbst wenn ein Staatsmann den Mut aufbringen würde, solche Bedingungen zu unterschreiben, so sind doch die Westpreußen ein Volk, das sich nicht willenlos fremdem Joche beugt. Ebenso wie sie entschlossen waren, mit der Waffe in der Hand die Hallerschen Truppen an der Landung zu verhindern, ebenso würden sie auch

mit Waffengewalt sich der polnischen Fremdherrschaft widersetzen.

Abg. Quidde (Dem.): Wir internationale Pazifisten haben mehr als irgendein anderer Veranlassung, mit der größten Schärfe gegen diese Friedensbedingungen aufzutreten. Wir verlangen für uns nur, was man uns früher ohne weiteres zugestanden hat, die Gleichberechtigung. Dieser Friede würde, wenn er Wirklichkeit werden sollte, uns in eine neue furchtbare Tragödie hineinbringen. Darum heißt es: Dreimal Nein! (Stürmischer Beifall.)

Präsident Fehrenbach: Das war eine machtvolle geschlossene Kundgebung der ganzen deutschen Volksvertretung gegen den Gewaltfrieden, der uns diktiert wird. Vom heutigen Tage an muß von dieser Stelle eine Welle in das Volk getragen werden, die auch dem Auslande klarmacht, daß man das deutsche Volk nicht so behandeln darf. (Beifall.) An dieser schweren Stunde unseres Landes gedenken wir dankbar all des Schönen und Großen, des Guten und Idealen, was unsere Großeltern und Eltern uns überlassen haben, und wir bitten unsere Kinder und Enkel, es uns nicht anzurechnen, daß wir sie der Not und dem Elend überliefern müssen. Wir wissen, daß auch wir in der Zeit unseres Glückes angefaukt waren. Die Schuld für den Ausbruch des Krieges lastet auf den Schultern unserer Feinde. Wir haben uns auf das Wiederaufbauen gehofft. Dieser Vertrag ist keine Einleitung dazu. Er ist

die Verewigung des Krieges.

Und jetzt wende ich mich an unsere Feinde und sage: Auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären und diese Kinder werden die Sklavenketten zerbrechen und die Schmach abwischen, die uns zugefügt werden soll. Für uns gilt wie in glücklichen Tagen so auch heute das Wort, daß niemals der Ausdruck selbstsüchtiger Ueberhebung, sondern immer nur der tiefer Liebe zu unserer Heimat war: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt. (Beifall und Händeklatschen, Zischen bei den Unabhängigen.) Präsident Fehrenbach erhält die Ermächtigung, Tag und Stunde der nächsten Sitzung selbständig festzusetzen.

Gewerkschaftliches.

Die Autokratie der Generalkommission.

Die Generalkommission und ihr Anhang, die in den jetzigen Kämpfen um das Rätesystem besonders stark die unbedingte Notwendigkeit der Demokratie betonen, haben sich namentlich während des Krieges den Teufel um die Demokratie geschert und ständig eigenmächtig, ohne Befragung der Mitglieder, Handlungen unternommen, die den heftigsten Unwillen großer Mitgliederkreise erregten. An diesem autokratischen Gebaren hat auch die Revolution nichts geändert; die Herren schalten und walten nach wie vor völlig selbstherrlich, wie wiederum nachstehende, vom Wolffschen Bureau verbreitete Meldung erkennen läßt:

Berlin, 7. Mai. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands sind der deutschen Liga für den Völkerbund korporativ beigetreten. Die Stoßkraft der Völkerbundbewegung in Deutschland hat durch diesen Beitritt außerordentlich an Stärke gewonnen.

Die L. V. fragt mit Recht: Wer hat die Generalkommission beauftragt oder ermächtigt, diesen Schritt zu tun? — Die Mitglieder der Gewerkschaften nicht. Die sind wieder, wie so oft, völlig übergangen, glatt ausgeschalten worden. Die Generalkommission hat auch hier wieder selbstherrlich entschieden.

Ueber den Schritt selbst, den Beitritt zur Liga für den Völkerbund, brauchen wir kein Wort zu verlieren; er reiht sich würdig früheren Schritten der Generalkommission an. Nur eine Bemerkung sei gestattet: Was veranlaßt das Wolffsche Bureau zu dem Jubelruf, die Völkerbundbewegung habe durch den Beitritt der Generalkommission an Stoßkraft, an Stärke gewonnen? Der Zuwachs beträgt dreiviertel Dutzend alte Herren, die nach unserem Ermessen recht wenig Zuzug aus den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder haben dürften.

Allerlei.

Schweres Eisenbahnunglück.

Der Frühzug der Kleinbahn von Soltau nach Lüneburg entgleiste Sonntag Morgen in der Nähe von Melbeck, 10 Kilometer von Lüneburg. Der ganze Zug stürzte den Bahndamm hinunter. Aus den zum größten Teile völlig zerschmetterten Wagen wurden neun Tote und elf Schwerverletzte geborgen. Das Unglück wird auf eine Verbiegung der Schienen unter dem Einfluß der plötzlichen Hitze zurückgeführt.

Aus der Provinz.

Wahlkreis Merseburg-Querfurt.

Die Wahlen zum Kreistag für den Kreis Merseburg finden am 25. Mai von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags statt. Müsste ein jeder Bezirk für die Wahlen, damit wir uns würdig den in anderen Kreisen erzielten glänzenden Wahlergebnissen anschließen. Jeder sorge dafür, daß die Liste der U. S. P. mit großer Mehrheit gewählt wird.

Sonntag, den 18. Mai, Flugblattverbreitung im ganzen Kreise. Auf zur Arbeit! Agitiert für die Liste August Brettschneider-Großlehna. Die Kreisleitung. Fiebler.

Die Junglehrer rühren sich endlich.

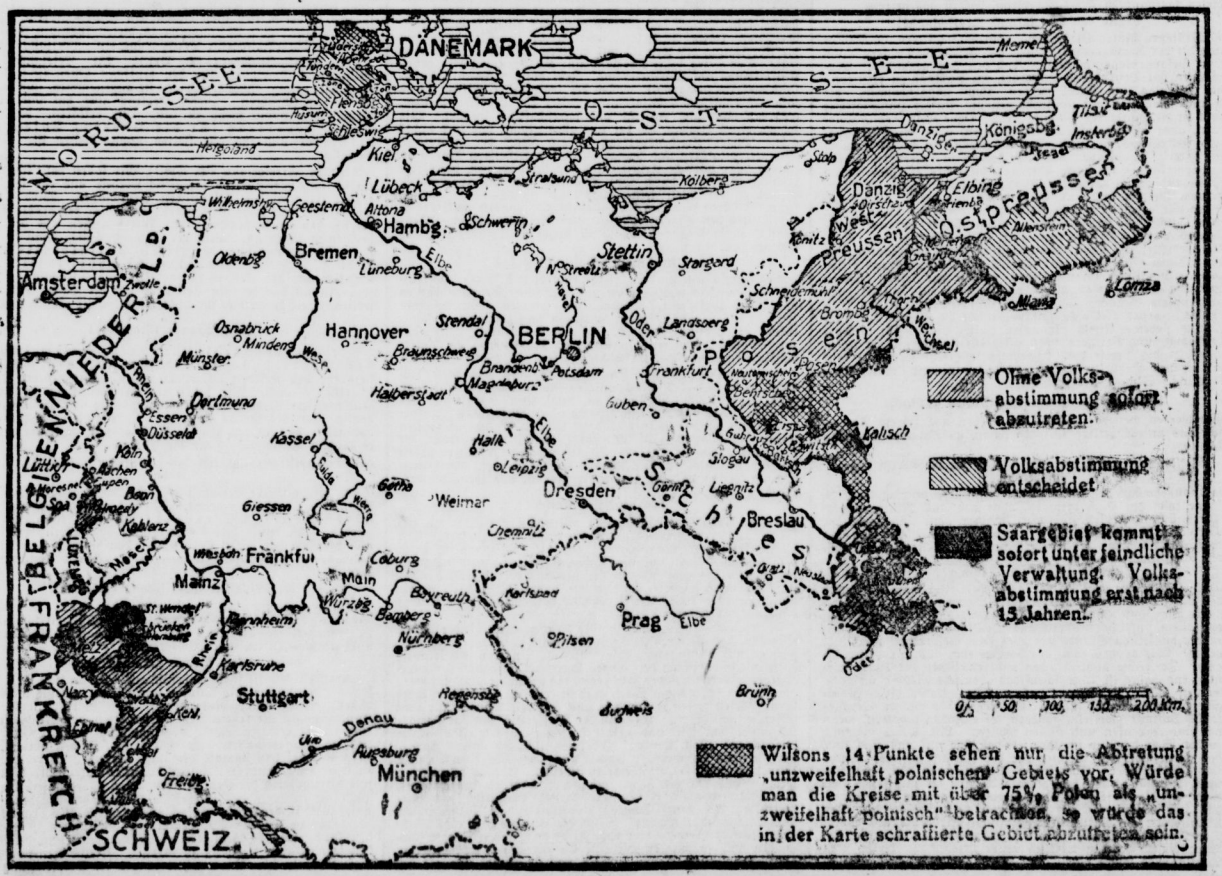
Eine Versammlung der Junglehrer des Regierungsbezirks Merseburg fand am Sonnabend, den 10. Mai, in Halle statt. Sie hat hier wie in allen Teilen Deutschlands ihre Ursache in der wirtschaftlichen Notlage der jungen Lehrer. Diese erhalten zum größten Teile ein Gehalt von 93,33 Mark und eine völlig unzureichende Teuerungszulage. (Die neuen Sätze sind wohl bewilligt, aber noch nicht ausgezahlt.) Es wurde der Zusammenschluß zu einer Arbeitsgemeinschaft beschlossen mit einem geschäftsführenden Ausschuß an der Spitze, als dessen Vorsitzende Lehrer Wilhelm, Ober-Teutschenthal, und Lehrer Schwahn, Deutsche Grube bei Bitterfeld, gewählt wurden. Die Junglehrer stellen sich hinter die alten Verbände, den alt- und neupreußischen Lehrerverein. Es wurden folgende Forderungen aufgestellt: 1. Sofortige endgültige Anstellung aller Kriegsteilnehmer mit vollem Gehalt und den zustehenden Alterszulagen. 2. Sofortige Auszahlung einer Entschädigungssumme von 1000 Mk. an alle aus dem Kriege zurückgekehrten Schulamtsbewerber und Volksschullehrer, die vor oder während des Krieges noch nicht endgültig angestellt waren. 3. Fortfall der 2. Prüfung in jeder Form für alle Kriegsteilnehmer. 4. Sinngemäße Anwendung dieser Forderungen auf die gleichen Kategorien der kriegsgefangenen Lehrer.

Daß sich die jungen Lehrer zur Verfechtung ihrer mehr als berechtigten Forderungen ausgerechnet hinter den im reaktionären Fahrwasser segelnden „neupreußischen" Lehrerverein stellen, der bekanntlich eine konservative Gründung ist, beweist aufs neue, welch ungeheure Aufklärungsarbeit gerade unter dieser Volksschicht noch zu leisten ist. Hat man denn noch nichts von einer sozialistischen Lehrerbewegung gehört?

Passendorf. Gemeinderatsbericht. Es wurde beschlossen, die neuen Sätze der Lustbarkeitssteuer vom 15. Mai vorläufig in Kraft treten zu lassen, da die Regierung von Reichswegen eine neue Lustbarkeitssteuer-Verordnung herausgeben will. Nach dem Bericht der Eierkommission sind bis jetzt etwa 100 Eier wöchentlich von den Landwirten abgegeben, so daß an die 5—6 übrigen Kinder und kranken Personen wöchentlich ein Ei zum Selbstkostenpreis von 50 Pfg. abgegeben werden konnte. Recht bezeichnend war dabei, daß das Rittergut bis jetzt noch nicht ein Ei abgegeben hat, während es bei der Zwangsablieferung wöchentlich über 200 Stück abliefern mußte. Es soll eine Eingabe gemacht werden, um die Zwangsablieferung der Eier baldigst wieder einzuführen. Nach dem Bericht der Rechnungsprüfungs-Kommission der Einkommensteuer sind 8000 Mk. für Grund- und Gewerbesteuer und 11 000 Mk. Einkommensteuer eingekommen. Es sollen in Zukunft die gleichen Sätze erhoben werden und zwar 150 Proz. Auch wurde beschlossen, daß der Steuererheber alljährlich einen schriftlichen Bericht gibt über die Art der Zahlung der eingegangenen Steuern. Zwecks Anstellung eines Gemeindesekretärs wurde eine Kommission gewählt. Ferner wird beschlossen, eine Eingabe an das Reichsernährungsamt zu richten um Gleichstellung unserer Gemeinde mit den Großstädten, da die Einwohner Passendorfs

Die Zerstückelung Deutschlands.

Vom Reiche sollen in Ost und West 5½ Millionen Deutsche getrennt werden.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191905 13-10/fragment/page=0006

sich nur aus Industrie- und Bergarbeitern zusammensetzte, also dieselbe Bedürftigkeit verliegt.

Schkeuditz. Rostegarden in und über Schkeuditz. Am Sonntag herrschte in aller Frühe Kriegstreiben in unserem sonst so friedlichen Städtchen. Flieger kreisten in den Lüften und zwar so niedrig, als gelte es, sehr wichtige feindliche Kampfstellungen ausfindig zu machen. Schkeuditz war als Ausladeplatz der Rostegarden auserseien, um von hier aus das friedliche Leipzig zu stürmen. In der Bahnhofstraße prangte ein Plakat, auf welchem in großen Lettern die Worte Standrecht, Standgericht und Tod hervorleuchteten. Die Bahnhof- und Delitzscher Straße glichen einem Heerlager. Schon in Schkeuditz hatte die Truppe Erfolg. Der Sohn der Lindenhofwirtin, Artur Müller, stand, die Matrosenmütze auf dem Kopfe, vor dem Lindenhofe. Ein Offizier sieht ihn stehen, steigt vom Pferde, packt ihn scharf an und fragte, ob er noch bei der Marine dient. Auf die verneinende Antwort wird ein Unteroffizier gerufen, der das gefährliche Band von der Mütze abreißen muß. Ohne Band wurde ihm die Mütze zurückgegeben. Wer gibt dem jungen Herrn das Recht dazu? Auch etwa unsere „sozialistische" Regierung? Wie leicht können durch derartige Provokationen Reibereien entstehen.

— Schleichhandel. In der Nacht zum Sonntag wurde ein Geschirr, von Heitstedt nach Leipzig unterwegs, in Schkeuditz angehalten. Bei der Durchsuchung wurde ein Reisekorb mit 78 Pfund frischer Wurst beschlagnahmt.

Leunawerke. Die Zimmerleute auf dem Leunawerk beschäftigten sich in einer Versammlung mit der Lohnfrage. Der Ferienausschuß der auf dem Leunawerk beschäftigten Bau- und Betonbaufirmen hatte die gewiß minimale Lohnsteigerung nicht anerkannt. Es liegt jetzt wieder einmal das Bestreben vor, die Bauarbeiterschaft dem Werke wegen angeblichen Materialmangels zu kündigen; eine Betonbaufirma wolle sogar gänzlich den Betrieb stillegen. Daß diese willkürlichen Maßnahmen zur Empörung der beteiligten Arbeiter führt, darüber müssen sich auch die Bauleitungen klar sein, besonders kommt der Umstand in Betracht, daß die Verteilung der Baumaterialien recht eigentümlich vor sich geht. Entlassungen von Bauarbeitern, sowie Zimmerern sollen nicht vorgenommen werden, solange kein dringendes Bedürfnis vorliegt; auch die Werksleitung durch Vermittelung des Firmenausschusses wird sich bemühen müssen, die Arbeitskräfte an die Stellen zu bringen, wo diese notwendig gebraucht werden. In der Debatte wurden Vergleiche zwischen den immer noch gestiegenen Preisen für Lebensmittel und Kleidungsstücke und den Lohneinnahmen zur Sprache gebracht, die das Verlangen rechtfertigten, an die Arbeitgeber heranzutreten und die Löhne zu erhöhen. Es wurden verschiedene Anträge gestellt, die sich schließlich auf die Forderung eines Stundenlohnes von 2,50 Mk. vereinigten. Es wurde ferner das Verlangen gestellt, zu diesen geforderten Lohnaufschlag ein solchen für vorgehaltenes Werkzeug zeitzusetzen, das mindeste wäre 5 Pfennig pro Stunde Zuschlag. Von einem Vertreter der Metallarbeiter wurde die Forderung der letzteren mitgeteilt, woraus ersichtlich, daß auch jene dieselben Gründe veranlassen, an die Werksleitung um Lohnaufbesserung anzugehen. Die Verhandlungen werden daher für alle beteiligten Korporationen zusammen stattfinden müssen. Deshalb wollen die Zimmerer auch die Entschließung der Bauarbeiter abwarten. Eine Kommission wurde gewählt. Ein Antrag, sämtliche auf dem Leunawerk beschäftigten Zimmerer, auch wenn diese anderen Abteilungen angehören, zur Bestreitung der Unkosten für die Lohnbewegung auf den Leunawerk heranzuziehen und dazu Extramarken im Werte von einer Mark herauszugeben, wurde einstimmig angenommen. Um festzustellen, wer auf dem Werk und Kolonie arbeitet, sollen Fragebogen zirkulieren. Es wird erwartet, daß jeder Zimmerer dem Beschluß nachkommt.

Querfurt. „Umzugsgut". Kürzlich wurde hier von der Polizei ein Wagen angehalten, auf welchem nach Angaben des Führers Umzugsgut geladen sein sollte. Bei näherer Untersuchung wurde festgestellt, daß in Reisekörben und Koffern große Mengen Lebensmittel enthalten waren, so 2 Zentner Rindfleisch, ½ Zentner Wurst, Erbsen, Mehl, Weizen u. a. m. Die Sendung war nach Leipzig bestimmt für Leute, die nach der Meinung des Hallschen Magistrats — — „lieber eines raschen Todes sterben wollen, als in entreidender, entehrender Sklavenarbeit zugunsten der Feinde allmählich unterzugehen".

Freyburg. Die erste Frauenversammlung fand hier am Donnerstag, den 8. Mai, im Jahnhause statt. Genossin Koenen-Merseburg behandelte die politische Lage im allgemeinen und griff sodann auf die Rechte und Pflichten der Frau über. Die zahlreich Erschienenen gaben durch Teilnahme an der Diskussion in kernigen Worten ihren Beifall für die Aufklärung besonderen Ausdruck. Die Teilnehmerinnen versprachen, dafür Sorge zu tragen, daß die lichten Funken des Vortrags hinausgetragen werden sollten, damit sie als helle Flammen auch dort für Aufklärung sorgen, wo der Geist der neuen Zeit noch keine Einkehr gehalten.

Eilten. Aus der Parteibewegung. Am Sonnabend fand eine außerordentliche Parteiversammlung statt. Zunächst gab Gen. Albrecht die Mitgliederrechnung bekannt; es verbleibt ein Ueberschuß von 224,75 Mk. Gen. Winkler reichte, von diesem Ueberschuß einen Betrag für unsere kriegsgefangenen Parteimitglieder zur Verfügung zu stellen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Hierauf erläuterte Gen. Albrecht den Jahresbericht des Kreises. Er betonte, daß auch unser Distrikt gute Fortschritte gemacht hat. Nur allen Dingen muß unter den Gewerkschaftsmitgliedern noch mehr für die Parteiorganisation gewirkt werden. Sind doch von den 24 000 Gewerkschaftsmitgliedern nur erst 10 000 Parteimitglieder im Kreise vorhanden. Auch müßte die Jugendorganisation mehr ausgebaut, sowie die Bildungsbestrebungen mehr gepflegt werden. Hierauf wurde zu dem am 29. Mai stattfindenden Kreistag Stellung genommen. Gen. Winkler stellte den Antrag, beim Kreistag zu beantragen, den Kreis wieder in Bezirke einzuteilen und wieder Bezirksleiter zu wählen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Als Delegierte wurden gewählt die Gen. Winkler, Rohmann, Albrecht, Herbst und die Genossin Zimmermann. Zu den politischen Tagesfragen machte Gen. Albrecht längere Ausführungen. Im Verschiedenen entspann sich eine längere Debatte über die jetzigen Schulverhältnisse. Gen. Bühne stellte den Antrag, auch in unserer Schule dahin zu wirken, daß wieder der Vormittags- und Nachmittagsunterricht eingeführt wird. Gen. Winkler ging dann noch näher auf die mangelhafte Lebensmittelverteilung ein. In allernächster Zeit soll eine öffentliche Protestversammlung stattfinden, wozu die Genossen kräftig agitieren sollen. Genosse Loch regte an, für bessere Berichterstattung in der Parteipresse zu sorgen. Dies soll in Zukunft geschehen.

Gerbstedt. Die Stadtverordneten wählten in ihrer letzten Sitzung unsere Genossen August Trümpler und Bernhard Tacke zu Kreistagsabgeordneten. Einstimmig wurde der Beschluß herbeigeführt, die Leichenschau in hiesiger Stadt aufzuheben. Es folgte ein Antrag unserer Genossen auf Errichtung eines Mieteinigungsamtes in hiesiger Stadt. Hierzu bemerkte der Vorsteher, daß es gütlich nicht möglich sei, die Wohnungsnot zu beseitigen, und ganz besonders die besitzenden Klassen, die über zehn und mehr Zimmer verfügen, sich weigern, dieser schweren Zeit sich anzupassen und sich etwas einzuschränken, um Wohnräume zu vermieten. Im Gegenteil versuche man, die ärmere Bevölkerung immer mehr in ihre kleinen und geringen Räume einzuferchen. Mit Rücksicht auf diesen Uebelstand wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, sich umgehend an den Reichskommissar für Wohnungswesen zu wenden mit dem Ersuchen, daß dem Magistrat das Enteignungsrecht für Wohnungen zugesprochen wird. Ein Antrag des Stadtv. Beyer und Genossen ersucht den Magistrat, die Geschäftsstunden der Sparkasse auch Mittwochs und Sonnabends für den Verkehr offen zu halten. Der Magistrat hat den Wünschen der Antragsteller bereits Rechnung getragen. Stadtv. Barthel beantragte: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, dem Herrn G. M., Mitglied der Lebensmittelkommission, ein Mißtrauensvotum auszusprechen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Sache dem Magistrat zur Prüfung zu überweisen. In der Anwaltsangelegenheit trat die Versammlung dem Magistratsbeschluß insoweit bei, als es sich um die Entschädigung des Bürgermeistergehaltes handelt. In der nichtöffentlichen Sitzung wurde beglichen der Betreibung der Eingemeindung der Gutsbezirke Gerbstedt und Welfesholz Uebereinstimmung erzielt.

Eilenburg. Kartellbericht vom 7. Mai. Unter Eingänge gibt der Vorsitzende Gen. Heynemann ein Schreiben vom Vorortskartell bekannt, in welchem mitgeteilt wird, daß die Arbeiten wieder im vollen Umfange aufgenommen werden. Der Vorsitzende teilt mit, daß sich die Ortsgruppe der Zivilmusiker und Schneider zur Aufnahme ins Kartell gemeldet haben. Vom Gen. Plath wird angeregt, daß man die Privatangestellten und Kontorpersonal organisieren und an das hiesige Kartell anschließen soll. Es ist dies um so mehr eine Notwendigkeit, weil man jetzt soviel von Sozialisierung spricht. Hierzu teilt der Vorsitzende mit, daß Schritte unternommen worden sind, aber der Erfolg ist ein negativer. Die Angestellten haben selbst ein Ortskartell ins Leben gerufen. Mit scharfen Worten wurde diese Sonderbündelei kritisiert. Das Malerkomitee gibt seine Abrechnung. Es ergibt sich ein Ueberschuß von 677,15 Mk. Ueber die Verwendung des Ueberschusses entspinnt sich eine längere Aussprache. Gen. Wilke macht den Vorschlag, den Reingewinn als Grundstock für eine zu gründende Luxemburg-Liebknecht-Bibliothek zu verwenden. Die Wahlvereinsbibliothek läßt sehr viel zu wünschen übrig. Gen. Plath ist der Meinung, daß man den Ueberschuß teilen sollte an Kartell und Wahlverein. Dem wurde entgegnet, daß durch die Beitragserhöhung die Parteikasse bald wieder auf eine gesunde Höhe kommen wird. Die Gen. Sander, Schulze, Quitzsch und Heynemann treten für den Vorschlag des Gen. Wilke ein, der angenommen wurde. Außerdem wurde eine Bibliothekskommission gebildet, in welcher vom Kartell die Gen. Sander, Kernt und Wilke gewählt werden. Im Verschiedenen teilt der Vorsitzende mit, daß am Mittwoch, den 14. Mai, eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung stattfindet, in welcher über die Tätigkeit der Betriebsräte und den Wert der Volksfürsorge verhandelt wird. Alle Redner waren sich darin einig, die Jugendbewegung auf die Höhe wie vor dem Kriege zu bringen. Erreicht soll dies werden durch gesellige Zusammenkünfte, hemmlanfame Wanderungen und Spiele. Von den Delegierten wurde in Erwägung gezogen, in Gemeinschaft mit möglichst freiwilligen Helfern aus den Kreisen der Gewerkschaften eine Kommission zu bilden, welche die Jugendpflege ausüben soll. Die Ankunft der Roskeschen Söldlinge wurde eingehend besprochen. Die Gen. Maute, Quitzsch und Heynemann wurden beauftragt, dem ersten Bürgermeister Aufklärung zu verlangen, ob derselbe davon unterrichtet gewesen ist. Ganz entschieden sprach man sich dagegen aus, Eilenburg wieder dauernd als Garnison zu benutzen.

Torgau. Auflösung der Sicherheitskompagnie. Die letzte durch die Revolution getroffene Einrichtung, die vom schon vor 14 Tagen aufgelösten Soldatenrat gegründete Sicherheitskompagnie, soll nun auch auseinandergejagt werden. Sämtlichen Angehörigen ist die Kündigung zugestellt worden. Wie man hört, soll der von der Sicherheitskompagnie versehene Dienst von den Roskeföldnern übernommen werden. — So sorgen die „sozialistischen" Regierungsmänner immer mehr dafür, die Errungenschaften der Revolution in die Vergangenheit zu expedieren.

Belgern. Eine Aussprache zwischen Rechtssozialisten und Genossen der U. S. P. fand kürzlich hier statt. Der Vorsitzende, Genosse Wolfram, eröffnete die Aussprache mit einem Vortrag über das Erfurter Programm und dessen Ausführung durch die „sozialistische" Regierung. Wie sehr im Volke die auf den Machtmitteln des alten Militarismus beruhende „Ordnung" empfunden wird, bezeugen die Urteile über die in Torgau eingesogenen Söldner. Schon am ersten Tage nach ihrem Einmarsch wurde der Abmarsch der Roskeföldner gewünscht, infolge des unerhörten Auftretens derselben. Nur die Sozialisierung der Großbetriebe könne Deutschland vor dem sicheren Niedergange bewahren. Schon dämmert es auch bei den Anhängern der „Mehrheitssozialisten", daß ein Bündnis mit dem kommunistischen Aufstand den Vorzug verdiene vor den kapitalistisch regierten Ententestaaten. Die Ausführungen des Rechtssozialisten, Geschäftsführers Werner, konnten den Vortrag des Genossen Wolfram nicht abschwächen. Ist es nicht gottwoll, wenn ein „Sozialist" folgendes sagt: Waffengewalt und Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter seien nötig, um die Pflichterfüllung zu garantieren. Eine vorgenommene Abstimmung der Versammlung forderte gegen zwei Stimmen: Rechtssozialisten dürfen künftig an den Versammlungen nicht mehr teilnehmen. Die Parteigenossen waren entrüstet, daß einige der von der U. S. P. gewählten Stadtverordneten erst jetzt als Regierungssozialisten sich erklären. Vor Eintritt in die Verhandlungen erklärten unaufgefordert 15 Personen ihren Eintritt in die Ortsgruppe der U. S. P.

Gütten. Aus der Parteibewegung. Die letzte Parteiversammlung der U. S. P. war von etwa 180 Personen besucht, so daß die Versammlung in den Saal verlegt werden mußte. Der Parteiverein in Gütten hat in der letzten Zeit rapide zugenommen, ein Zeichen, daß auch in Anhalt das Proletariat anfängt, zu denken und zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß es von der „sozialistischen" Regierung verraten worden ist. Es wurden in der Versammlung die Genossen aufgefordert, ihr Möglichstes zu tun, um den noch Abseitsstehenden klarzulegen, daß das Proletariat nur von der U. S. P. vertreten wird, die „alte" Partei dagegen nur den Wagen der Kapitalisten zieht. Die Zahl der Parteimitglieder ist jetzt auf über 200 angewachsen, und dürfte Gütten damit wohl mit die stärkste Ortsgruppe in Anhalt sein. Bei der letzten Demonstration allein wurden wieder 16 Leser des Hallschen Volksblattes gewonnen.

Zerbst. Gemeinheiten eines Roskegardisten. Auch hier in Zerbst macht sich das Hiersein der Truppen des „Reichsnebenministers" unliebsam bemerkbar. Am Donnerstag wurde ein Angehöriger der Reichswehr beobachtet und gestört, wie er in den hiesigen Anlagen auf ein 13jähriges Mädchen einen unsittlichen Angriff ausführte. Durch das Geschrei des Kindes und Hinzukommen einiger Personen ließ er von seinem unsittlichen Treiben ab. Bei seiner Festnahme setzte er starken Widerstand entgegen. Anfangs leugnete er beim Verhör, gab dann aber doch zu, daß er, wenn er nicht gestört worden wäre, die Vergewaltigung begangen hätte.

Aus der Partei.

Der kommunistischen Partei angeschlossen? Nach einer Meldung des L. T. haben Gothaer Genossen beschlossen, sich der kommunistischen Partei Deutschlands anzuschließen. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß in der Gothaer Landesregierung keine andere Partei als die kommunistische vertreten ist.

Toilette- und Bedarfsartikel!

Jugendfrisches Aussehen, rosiges Kolorit gibt sofort den Wangen Rosaderma-Hautcreme, Tube Mk. 2,—. Rose Pon-Pon, Flasche Mk. 1,60. Sonnenverbranntes Aussehen erzeugen Sie sofort durch Bräunaderma, Flasche Mk. 3,50. Bräunaderma-Puder Mk. 3,50. Puder Sonnenbraun Mk. 1,50. Augenbrauenstifte Mk. 0,75. Unsichtbar! Unschädlich! Festhaltend! — Lästige Haare entfernt schnell und schmerzlos mein Haarentfernungspuder, Mk. 3,—.

401 **C. Klappenbach,** Grosse Ulrichstrasse 41. Versand auch nach auswärts.

Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.

26] Von Edward Bellamy. Nachdr. verb.

Weiter dürfen Sie nicht übersehen, daß wir wohl dem sporrenden Wetteifer freies Spiel lassen, ihn jedoch nicht als eine Triebkraft betrachten, deren edlere Naturen bedürfen, und die ihrer würdig ist. Diese finden die Beweggründe ihres Handelns in sich und nicht außer sich; sie bemessen ihre Pflicht nach ihrer eigenen Begabung, nicht nach der ihrer Nächsten. Solange ihre Leistungen ihren Kräften ebenbürtig sind, würden sie es für widersinnig halten, Lob oder Tadel zu erwarten, weil das Ergebnis zufälligerweise gut oder schlecht ausgefallen ist. Solchen Naturen erscheint der Wetteifer vom philosophischen Standpunkt aus als töricht, vom moralischen als verächtlich. Verdrängt er doch in unserem Empfinden über die Erfolge oder Mißerfolge unserer Nächsten die Bewunderung durch Neid, das teilnehmende Bedauern durch egoistisches Frohlocken.

Aber selbst im letzten Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts haben sich nicht alle Menschen zu dieser Gesinnung emporgeschwungen. Daher müssen die übrigen zu möglichst vollkommenen Leistungen durch Mittel angespornt werden, die ihrer gröberen Natur angemessen sind. Für sie soll der feurigste Wetteifer ein beständiger Ansporn sein. Wer dieses Ansporns bedarf, wird ihn fühlen, wer über ihn erhaben ist, bedarf seiner nicht.

„Ich darf nicht vergessen, eines zu erwähnen," fuhr Doktor Leete fort. „Es besteht bei uns eine besondere Klasse für die Betätigung von Leuten, die geistig oder körperlich zu schwach sind, als daß sie billigerweise in das Hauptheer der Arbeiter eingereiht werden könnten. Sie hat keinen Zusammenhang mit den übrigen Abteilungen der Arbeitsarmee. Es ist dies eine Art Invalidenkorps, dessen Mitgliedern leichtere Arbeiten angewiesen werden, die ihren Kräften entsprechen. Alle unsere körperlich oder geistig Kranken, unsere Taubstummen, Blinden, Lahmen und Krüppel, ja sogar unsere Wahnsinnigen gehören diesem Invalidenkorps an und tragen seine Abzeichen. Die Stärksten von ihnen leisten oft fast volle Arbeit, die Schwächsten dagegen natürlich gar nichts, aber die Arbeit ganz aufgeben will niemand von ihnen, der irgend etwas nützen kann. In ihren lichten Augenblicken beeifern sich sogar unsere Irren, zu tun, was sie nur können."

„Die Idee des Invalidenkorps ist wirklich vortrefflich," sagte ich. „Sogar ein Barbar des neunzehnten Jahrhunderts muß das einsehen. Das Invalidenkorps bedeutet eine außerordentlich schöne Form, die Mildtätigkeit zu verhüllen; die Gefühle der Empfänger müssen recht wohltuend davon berührt werden."

„Die Mildtätigkeit!" wiederholte Doktor Leete. „Glauben Sie vielleicht, daß wir die Unglücklichen als Objekte für unser Wohltun betrachten?"

„Nun natürlich," sagte ich, „denn sie sind doch nicht fähig, sich ihren Unterhalt aus eigener Kraft zu sichern."

Kaum hatte ich diese Bemerkung fallen lassen, als mich auch schon der Doktor lebhaft unterbrach.

„Wer ist denn fähig, seinen Unterhalt aus eigener Kraft zu sichern?" fragte er. „In einer zivilisierten Gesellschaft gibt es nichts dergleichen wie eine Existenz aus eigener Kraft. Auf einer Kulturstufe, die so barbarisch ist, daß sie noch nicht einmal ein Zusammenwirken der Familienglieder kennt, kann möglicherweise jeder einzelne sich aus eigener Kraft erhalten, obwohl auch dann nur während eines Abschnittes in seinem Leben. Jedoch die Existenz der einzelnen aus eigener Kraft wird ein Ding der Unmöglichkeit von dem Augenblick an, wo die Menschen anfangen, zusammenzuleben und auch nur die roheste Art einer Gesellschaft zu begründen. Mit der steigenden Kultur und der zunehmenden Arbeitsteilung wird eine vielverschlungene gegenseitige Abhängigkeit der Menschen voneinander zur allgemeinen Regel. Mag auch die Betätigung des einzelnen noch so in sich abgeschlossen erscheinen; jeder ist ein Glied einer unendlich großen wirtschaftlichen Gemeinschaft, die die ganze Nation, ja die ganze Menschheit umfaßt. In diesem Zusammenhange ist eine gegenseitige Abhängigkeit aller Menschen untereinander begründet, die die Erfüllung der Pflicht gegenseitiger Unterstützung verbürgen sollte. Daß dies zu Ihrer Zeit keineswegs der Fall war, darin bestand die eigentliche Grausamkeit und Unvernunft Ihrer damaligen Gesellschaftsordnung."

„Das mag alles seine Richtigkeit haben," versetzte ich, „es besagt jedoch gar nichts über das Recht jener Unglücklichen, die unfähig sind, ihr Teil zur allgemeinen gesellschaftlichen Arbeit beizutragen."

„Habe ich Ihnen heute morgen nicht erklärt, es scheint mir wenigstens so," erwiderte Doktor Leete, „daß das Recht jedes einzelnen auf seinen Platz am Tische der Nation in einer einzigen Tatsache beruht? Nämlich darin, daß er ein Mensch ist und der Gemeinschaft gibt, was er zu geben vermag! Das Maß seiner Kraft und Fähigkeit kann dabei nicht entscheidend sein."

„Das sagten Sie mir allerdings," antwortete ich, „allein ich nahm an, dieser Grundsatz gelte nur für Arbeiter von verschiedenem Leistungsvermögen. Hat er denn auch für Leute Geltung, die gar nichts leisten können?"

„Sind sie nicht auch Menschen?" fragte der Doktor zurück.

„Ich soll Sie also dahin verstehen, daß Lahme, Blinde, Kranke und Gebrechliche ebenso gut gestellt sind wie die leistungsfähigsten Arbeiter und dasselbe Einkommen wie sie beziehen?"

„Gewiß," lautete die Antwort.

„Die Vorstellung einer so grenzenlos weitherzigen Wohltätigkeit hätte unsere schwärmerischsten Philantropen starr vor Staunen gemacht," versetzte ich.

„Wenn Sie daheim einen kranken, arbeitsunfähigen Bruder hätten," sagte Doktor Leete, „würden Sie ihn wohl armseliger nähren, kleiden und wohnen lassen als sich selbst? Im Gegenteil! Ich halte es für weit wahrscheinlicher, daß Sie danach trachten würden, ihm das Beste zu bieten. Es wird Ihnen nicht im Traum einfallen, Ihre Handlungsweise Wohltätigkeit zu nennen. Ja, noch mehr, Sie würden es mit Entrüstung zurückweisen, wollte jemand dieses Wort auf Ihr Handeln anwenden."

„Natürlich," sagte ich, „nur vergessen Sie, daß beide Fälle einander nicht gleich sind. Ohne Zweifel sind in einem gewissen Sinne alle Menschen Brüder, aber diese allgemeine Bruderschaft kann wohl nur für rhetorische Zwecke mit der Bruderschaft des Blutes verglichen werden. Sie hat mit ihr weder die Gefühle, noch die Verpflichtungen gemein."

„Aus Ihnen spricht das neunzehnte Jahrhundert!" rief Doktor Leete aus. „Ja, Herr West, es unterliegt keinem Zweifel, daß Sie sehr lange geschlafen haben. Wenn ich Ihnen in einem Satze den Schlüssel zu dem Unbegreiflichen geben sollte, das für einen Mann Ihrer Zeit in unserer Kultur liegen muß, so würde ich sagen: Für Sie war die Tatsache der Solidarität und Brüderlichkeit der ganzen Menschheit nur eine schöne Phrase. Uns dagegen ist sie in Fleisch und Blut übergegangen. Für unser Fühlen und Denken schafft sie ebenso wirkliche und starke Bande wie die Blutsverwandtschaft selbst.

Doch selbst wenn ich von dieser Erwägung absehe, kann ich Ihre Ueberraschung nicht begreifen, daß Arbeitsunfähigen das volle Recht zusteht, von den Erzeugnissen der Leistungstüchtigen zu leben. Die militärische Dienstpflicht Ihrer Zeit zum Schutze der Nation entsprach unserer Arbeitspflicht. Obwohl sie für alle Wehrfähigen zwingend war, begriff sie keineswegs in sich, daß die Dienstuntauglichen ihrer Bürgerrechte beraubt wurden. Sie blieben zu Hause und wurden von denen beschützt, die in den Kampf zogen, ohne daß bezweifelt wurde, daß ihr Existenzrecht in Frage stellte oder geringer von ihnen dachte. Die Anwendung für unseren Fall liegt nahe. Wenngleich sich alle arbeitsfähigen Glieder der Nation der allgemeinen Arbeitspflicht unterwerfen müssen, so bedeutet das doch nicht, daß Arbeitsunfähige ihres Bürgerrechts verlustig gehen, und dieses begreift das Recht auf Unterhalt in sich. Der Arbeiter ist nicht Bürger, weil er arbeitet, sondern er arbeitet, weil er Bürger ist. Wie man zu Ihrer Zeit die Pflicht des Starken anerkannte, für den Schwachen zu kämpfen, so anerkennen wir jetzt, wo aller Kampf vorbei ist, seine Pflicht für ihn zu arbeiten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191905130-0/fragment/page=0007

Walhalla-Operetten-Theater.
1045 Täglich 7½ Uhr: Nach 4 Aufzügen. Sensationsstück.
Staatsanwalt Alexander.
Schauspiel von K. Schüler.
Kasse 10—1½ u. 4—6 Uhr.

Stadttheater.
Mittwoch, den 14. Mai 1919.
Anfang 7½, Ende 10½ Uhr:
1034 **Undine.**
Oper von Albert Lortzing.
Donnerstag: Der Troubadour.

Merseburg.
Sozialdemokr. Verein U. S. P.
Donnerstag, den 15. Mai:
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung sehr wichtig.
*658 Der Vorstand.

Junge Damen u. Herren welche Lust haben einem **Unterhaltungszirkel** beizutreten, werden ersucht ihre Adresse bei 1031 Herrn Grünenberg, Kl. Klausstr. 7 I r., abzugeben.

Holzschuhe Holzpantoffeln Pantoffelhölzer 5
empfiehlt
Max Friche, Pantoffel-Fabrik,
Trothaerstr. 69, Telephon 5535
En gros. En detail.

Felle
von Kaninchen, Hasen und allen Wildarten kauft zu Tagespreisen. [833
Solfrian, Böllberger-weg 7 II.

Lumpen, Wolle, Neutuch, Kaninchenfelle, Papier kauft zu höchsten Tagespreisen und holt auf Wunsch ab 785
Ludwig. Schwetschkestr. 14.

Bauschule Rastede (Oldbg.)
Meister- u. Polierkurse.
Ausführl. Programm frei. *926

Zinkbadewanne,
gebraucht, groß, gut erhalten, sowie großer Petroleum-Kronleuchter zu verkaufen.
*673] Schillerstr. 1 part.

Räumfuhren
nimmt an und führt aus
Faust, Dölau. (Mühle.)

Oeffentliche
Protestversammlungen
finden statt in 1044

Ammendorf
am Donnerstag, 15. Mai, abends ½8 Uhr, im Schützenhause.
Redner: Genosse Kunert-Berlin.

Dölau
am Donnerstag, 15. Mai, abends ½8 Uhr, im Langrokschen Lokal.
Redner: Genosse Jänicke-Halle.

Wörmlitz
am Donnerstag, 15. Mai, abends ½8 Uhr, im Gasthaus zu Wörmlitz.
Redner: Genosse Bowitzki-Halle.

Seeben
am Donnerstag, 15. Mai, abends ½8 Uhr, im Gasthof von Karl Richter.
Redner: Genosse Riebenstahl-Halle.

Tagesordnung
Protest
gegen den Gewaltfrieden und gegen die Gewaltherrschaft.
Männer und Frauen gestaltet diese Versammlungen zum flammenden Protest, erscheint in Massen.
Der Vorstand.

Orpheum
12 Steinweg 12
Das neue Programm.
Unter zwölferlei Maske.
Kriminal-Sensation.
4 spannende Akte.
Das Hochzeitslied
Herrliches Schauspiel in 4 Akten.
!! Voranzeige !!
Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.
Der größte sozialpolitische Film, den jeder gesehen haben muß.
Ab Freitag, den 23. Mai.
1044

Täglich treffen grosse Sendungen bester Friedensware ein.

Kleider-Barchent grün kariert, für Kinderkleider und Blusen . . . . . Meter		12.00
Hemden-Barchent schöne helle Streifen Meter 13.50		12.50
Köper-Barchent nur grau . . . . . Meter		8.95
Schwarz Zanella schwere Ware, geeignet für Unterröcke, Blusen und für Jackenfutter 125 cm breit . . . . . Meter		17.00
Gestickte Voiles 110 cm breit, einfarbig, blau-braun, bleu-schwarz . . . . . Meter		10.95
Geblümte und gestickte Voiles 110 cm breit . . Meter		11.40
Weißgestickte Batiste 80 cm breit . . . . . Meter 6.30		6.00

Mengenabgabe muss ich mir vorbehalten.

Halle Leipzigerstr. 94 **M. Schneider** Halle Leipzigerstr. 94
Inh. Johannes Hagenow. 1043

Alte Promenade 11 a.
Fernruf 5738.

Lieblingsfrau des Maharadscha 2. Teil
Vorführung: 3.00 4.50 6.50 8.30
Alle Vorzüge aufgehoben.
Der Maharadscha-Roman (Teil I u. II) ist an den Kassen und Kleiderablagen wieder erhältlich. 1035

Licht-Spiele, Ammendorf.
Nur Dienstag, den 13. Mai, abends ½6 und 8 Uhr: *664
Opium. Der grosse Ausstattungsfilm in 6 Akten.

Zweiggeschäft-Uebergabe.

Hiermit beehre ich mich, meiner verehrten Kundschaft die Mitteilung zu machen, dass ich meine
Zweiggeschäfte: Leipzigerstr. (Ecke Poststrasse 1 Telephon 4613) **und Merseburgerstrasse 161**
Herrn Albrecht Suter aus Berlin
übergeben habe.
Franz Zenk,
Stroh- und Filzhutfabrik, Kleiner Berlin 2.

Dem geehrten Publikum von Halle und Umgegend zur gefl. Kenntnis, dass ich die
Zweiggeschäfte: Leipzigerstr. (Ecke Poststrasse 1 Telephon 4613) **und Merseburgerstrasse 161**
unter der Firma Stroh- und Filzhutfabrik Franz Zenk übernommen habe. Ich führe die Geschäfte in der bisher gewohnten Weise weiter, mit der Aenderung, dass ich auch fertige
schick und modern garnierte Hüte in neuesten Formen
von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung am Lager habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine werte Kundschaft preiswert und schnell zu bedienen. Ich bitte, das bisher geschenkte Vertrauen auch auf mich gütigst zu übertragen.
Albrecht Suter.
1037

Merseburg.
Gasthof „Thüringer Hof“,
Fernspr. 202 — Ecke Weißenfelser Straße, *665 Haltestelle der Fernbahnen,
altbekanntes, renommiertes U. S. P.-Lokal am Platze,
empfiehlt seinen geräumigen **Saal, Garten** sowie **Restaurations-Lokalitäten** zur gefälligen fleißigen Benutzung aufs angelegentlichste.
Angenehmster Familien-Aufenthalt.
Bierstellung für mehrere Hundert Fahrräder.
Um geneigtes Wohlwollen bittet Bruno Knesche.

Bankfachmann
wird sofort gesucht zur Anfertigung einer Zeichnung Off. erb. unter V. H. 348 an die Exped. d. Bl. 1031

Schuhmacher stellt ein
8201 A. Virl, Geiststr. 10.

M. Reichardt-Brader: Rosen — Ein Pastellbild. *657
Zwei Novellen in einem Bande Mk. 4,—. Liebh.-Ausgabe Mk. 25,—. Eine gemütstiefe, reife Gabe der Halleschen Verfasserin.
Vorrätig in jeder Buchhandlung.

Vereins-Anzeiger.
Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 10 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeit.-Sänger-Chor
Freitag, den 16. Mai, im Volkspark:
Singestunde.
Vollzähliges Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Frauen- und Mädchenchor.
Jeden Mittwoch, ½9 Uhr, im Volkspark:
Singestunde.
Gesanglustige Mädchen u. Frauen sind willkommen.

Turnverein Fichte
Turnstunden finden in der Oberrealschule, Staudestraße, statt.
Männer-Abteilung: Dienstags und Freitags, abends 8 bis 10 Uhr.
Turnerinnen-Abteilung: Mittwochs, abds. 8—10 Uhr.
Sonntags von ½8—10 Uhr: Volkstümliches Turnen und Spiele auf dem Sandanger.
Aufnahmen werden jederzeit entgegengenommen.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität (Ortsgruppe Halle a. S.).
Freitag, 16. Mai, abends 7½ Uhr, i. Volkspark: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht
Der Vorstand.

Mandolinen-Zirkel Frohsinn, Halle.
Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunden i. Restaurant z. Blaudereche, Augustastraße.
Jeden Freitag nach dem 1. u. 15. jeds. Monats: Vereinsabend daselbst.
Sonntag, den 18. Mai: Ausflug in die Baumblüte. Abmarsch 6 Uhr morgens vom Marktplatz.

I. Athletenklub von 1890 in Halle a. d. Saale.
Vereinslokal: Gold. Kette.
Freitag abs.: Uebungsstunde
Jeden Sonnabend nach dem 1. Versammlung.

Ammendorf
Arbeiter-Gesangverein Ammendorf und Umg.
Mittwoch, abends 8 Uhr, im Bahnhofs-Restaurant:
Singestunde.
Der Vorstand.

Merseburg.
Gewerkschafts-Kartell Merseburg.
Jeden 1. Donnerstag im Monat, abends 7½ Uhr: Sitzung im Thüringer Hof.
Der Vorstand.

Eisleben.
Gesangverein Hoffnung.
Sonntag, vormitt. 10 Uhr, bei Feisel: Singestunde.

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Maschinist
für Abfuhrgeschäft gesucht. Beschäftigung in Halle, auch passend f. Kriegsbeschädigten.
Zu melden bei *667
Julius Staude,
Gutsbesitzer in Passendorf.

Verloren
am 10. Mai bei Torgau-Plantage oder auf dem Wege Torgau-Halle eine
silb. Herrenuhr m. Anhänger, beides gezeichnet H. W. Geg. gute Belohnung abzugeben beim Pförtner der Chirurgischen Klinik, Halle, Magdeburger Straße 18. 1019

Dank.
Zurückgekehrt vom Grabe meines herzensguten, unvergeßlichen Sohnes, unseres inniggeliebten Bruders
Arno
danken wir allen denen, die seinen Sarg mit Blumen schmückten. Besonders Dank der lieben Jugend für den schönen Palmenschmuck und Geleit. Dank Schwester Marie für ihren Beistand, Herrn Pastor Peiche für seine tröstenden Worte am Grabe, sowie den Herren Lehrern Truffel und Jahn und der lieben Schuljugend von Bruckdorf und Dieskau für den erhebenden Gesang.
Bruckdorf, den 12. Mai 1919.
In tiefem Schmerz: *655
Witwe Anna Felgentreff
und Geschwister.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190513-10/fragment/page=0008